

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Coloniezeitung für Arbeitsgesuch 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Aufruf!

An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Deutschlands!

Kolleginnen und Kollegen! Durch eine imposante Kundgebung hat ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress unsere Stellungnahme zu den grundsätzlichen Streitfragen der Gegenwart wiederholt und unverrückbar festgelegt. Die Kongressdelegierten haben in Euerem Sinne das Gelöbnis der Treue und des brüderlichen Zusammenarbeitens der katholischen und evangelischen Mitglieder zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes noch einmal mit allem Nachdruck erneuert. Die Essener Tagung hat Klarheit und Sicherheit gebracht, die soziale Bedeutung und die nationale Notwendigkeit unserer Bewegung deutlich dokumentiert. Klarer wie je liegen unsere Ziele und Aufgaben vor aller Öffentlichkeit.

Borbei ist die Beunruhigung, die durch die jüngsten Ereignisse in unserer Bewegung hervorgerufen wurde. Vergebens war das Bemühen der Gegner, Zersplitterung in unsere Reihen zu tragen. Zuschanden sind die Hoffnungen jener, die den Zerfall und das Ende der christlichen Gewerkschaften herbeisehn. Einmütig zurückgewiesen ist der Versuch, durch hämische Anzweiflung unserer religiösen Überzeugung und kirchlichen Gesinnung die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren. Mochten auch Feinde ringsum stehen: sie haben wieder einmal vorbei spekuliert.

Nachdem der außerordentliche Kongress erneut die unerschütterliche und feste Haltung der christlichen Gewerkschaften zu ihren alten bewährten Grundsätzen öffentlich präzisiert hat, nachdem durch die Kundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen festgelegt ist, daß den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet ist, und alle Befürchtungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ausgeräumt sind, richten die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress versammelten Delegierten an Euch die dringende, herzliche Mahnung: Setzt nunmehr alle Bitterkeit und allen Mißmut beiseite; tretet mit der festen Entschlossenheit und begeisterten Arbeitsfreudigkeit, die von jeher unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichnete, unverzüglich in eine umfangreiche, nachdrückliche Werbetätigkeit ein!

Die öffentliche Meinung aller christlich und national denkenden Kreise steht auf unserer Seite. In der ganzen deutschen Arbeiterschaft ist durch die jüngsten Auseinandersetzungen der christliche Gewerkschaftsgedanke bekannt geworden; unsere Bewegung hat in letzter Zeit ständig an Ansehen gewonnen. Die Stimmung für ihre weitere Ausbreitung ist außerordentlich günstig.

Kolleginnen und Kollegen! Blickt hoffnungsfreudig in die Zukunft! In allen Stürmen und Kämpfen, in guten und bösen Tagen werdet Ihr Eure Führer stets auf der Wacht und an der Spitze finden. Sie werden mit Euch stehen und fallen. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung — darin liegt ihre innere Kraft und ihre Zukunft — sind Führer und Mitglieder eins im Fühlen und Denken, eins im Willen zur Tat.

Wohlan denn, jetzt an die Arbeit! Nützt die Stunde. Entfaltet alle Kräfte zur weiteren Festigung und Ausbreitung unserer Organisationen.

Hoch die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung!

Essen, 26. November 1912.

Die Delegierten des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften.

* * *

Kollegen!

Christliche Metallarbeiter!

Kolleginnen!

Der vorstehende Aufruf der Essener Kongressdelegierten wird auch in unseren Reihen ein freudiges und begeistertes Echo finden. An unserem christlichen Metallarbeiterverband, den wir uns in nunmehr dreizehnjähriger Zielbewußter und opferfreudiger Arbeit gegen eine Welt von Widerständen zur Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen geschaffen haben, halten wir auch in Zukunft treu und unentwegt fest. Es waren deutsche Männer, echte christliche Gewerkschafter, gläubige Katholiken und Evangelische, die sich noch vor einigen Wochen in Dresden in feierlicher Stunde unverbrüchliche Treue und rückhaltloses Vertrauen gelobten. Dieser „Rüttelschwur“ von Dresden ist ein deutsches Manneswort, an dem es nichts zu drehen und zu deuten gibt. Wir arbeiten einmütig miteinander weiter!

Noch eins: Nutzen auch wir Metallarbeiter die jetzige Situation mit verdoppelten Kräften aus zu einer weiteren Stärkung unserer Reihen. Alle Welt hat mit gespanntem Interesse die neuerlichen Ereignisse verfolgt; in allen Bevölkerungskreisen spricht man von den christlichen Gewerkschaften. Unsere Feinde haben also mit ihren Angriffen das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Alle die zahllosen Vorurteile, die sie seit Jahren unter der deutschen Arbeiterschaft und in anderen Bevölkerungskreisen gegen unsere Bewegung geflissentlich genährt, sind nun hinweggefegt worden. Die Bahn zu unserer Weiterentwicklung ist frei! Christliche Metallarbeiter! Sorgt jetzt dafür, daß auch die Massen, die zum Schaden der Arbeitersache heute noch im Herabfall der Gegner mitlaufen, die Wahrheit über unsere Bewegung erfahren. Sorgt dafür, daß die Essener Verhandlungen den Massen bekannt werden. Vor allem aber, Kollegen und Kolleginnen, führt unserem Verband jetzt durch unausgesetzte Aufklärungs- und Werbearbeit immer neue Scharen von Misstreitern zu.

Neues, frisch pulsierendes Leben, ideale Begeisterung für unsere Sache, tatkräftige Mitarbeit aller unserer Kollegen soll wieder in unseren Reihen herrschen. Der Kongress soll auch für uns christliche Metallarbeiter reiche Früchte bringen! Das sei unser Gelöbnis in dieser Stunde — und jetzt

frisch an die Arbeit für unsern christlichen Metallarbeiterverband!

Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Es bleibt bei Dresden! Dieser Grundgedanke beherrschte die ganze Essener Tagung. Und wie hätte es auch anders sein können? Nur wenige Wochen erst sind seit dem Dresdener Kongresse ins Land gegangen, wo wir in feierlicher Form erklärt, an den bisherigen Grundsätzen und der bewährten Praxis unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung festhalten zu wollen. Vor aller Deßentlichkeit haben wir damals betont, daß dieser unser Standpunkt unverrückbar und unabänderlich sei. Die katholischen und evangelischen Führer unserer Bewegung haben in Dresden im Namen der von ihnen vertretenen Mitgliedschaft das Gelübde unverbrüchlicher Treue und die Bekehrung rückhaltlosen Vertrauens zum Ausdruck gebracht. Da kam die Veröffentlichung der katholischen Enzyklika zum Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager — und gleich hinterher kamen die „Ausleger“ und Unterleger, kamen alle die zahllosen offenen und geheimen Gegner unserer Bewegung und suchten Verwirrung in die Kreise der christlichen Arbeiterschaft zu tragen. Alle die roten und rötlischen „Propheten“, die uns schon vor Jahren in ihren liebsten Träumen so gern „auf den letzten faulen Krücken herumhumpeln“ lieben, sie glaubten sich jetzt am Ziele und verkündeten schon laut „das Ende“ der ihnen so verhaschten christlichen Gewerkschaften.

Den christlichen Gewerkschaften aber lag nichts fern, als diesen „Propheten“ den Willen zu tun und sich durch das Treiben dieser Leute ihre weitere Ausbreitung erschweren zu lassen. Während die Gegner sie in Verwirrung wöhnten, berieten sie in aller Ruhe und Gelassenheit darüber, wie dem Treiben ihrer Feinde zu begegnen sei. Kein Wunder also, daß die Nachricht von der Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften zwecks Klärung der Situation in weiten Kreisen eine nervöse Spannung hervorrief. Und auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich wieder, welche Bedeutung man im In- und Auslande allgemein den christlichen Gewerkschaften heimzügt. Das Generalsekretariat wurde in den Tagen vor dem Kongress von Presseverttern des In- und Auslandes geradezu bestürmt.

Das eine freilich steht fest: Die Gegner, die hier Leidenschaftsausbrüche von der Qualität, wie sie auf sozialdemokratischen Parteitagen üblich sind, erwarteten, sind auf dem Essener außerordentlichen Kongress nicht auf ihre Kosten gekommen. Für uns lag keinerlei Grund vor, irgend etwas an dem Charakter oder der Praxis unserer Bewegung zu ändern. Der Marktstein Dresden bleibt bestehen, unverrückbar bestehen! Die Essener Tagung hat ihn nicht verrückt, sondern, wie Kollege Behrens in seinem Schlußvortrage betonte, hochgestellt, damit er weitau in die Länge hinein als Wahrzeichen sichtbar ist.

Klarheit sollte der Kongress der Deßentlichkeit über unsere Bewegung bringen, Klarheit gerade in jener Situation, wo unsere Gegner aller Schattierungen geschäftig an der Arbeit waren, die Wahrheit zu verbunkeln und uns die Werbearbeit in den Arbeitermassen für die Zukunft zu erschweren. Diese Arbeit hat der Kongress geleistet. Die Bahn für eine umfassende Werbearbeit ist frei. Mögen unsere Kollegen allenfalls sich des Wertes des gegenwärtigen Augenblickes bewußt sein und unverzüglich an die Arbeit gehen!

* * *

Die Kongressverhandlungen geben wir in Ergänzung unseres kurzen Berichtes in voriger Nummer nachstehend im Auszuge wieder. Das schon erwähnte Telegramm des Kongresses an Se. Majestät hatte folgenden Wortlaut:

„An Se. Majestät den Deutschen Kaiser und König Wilhelm II. Die zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Essen (Ruhr) versammelten Vertreter von 350 000 christlich-nationalen Arbeitern erneutern Ew. Majestät das Gelübde der unverrücklichen Treue und der Bereitschaft, für das Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten.“

Schiffer, Behrens.“

Auf dieses Telegramm ist inzwischen folgendes Antworttelegramm eingelaufen:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben die patriotische Kundgebung der zum Kongress versammelten Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft mit Freuden entgegengenommen und lassen vielmals danken. Auf Alerhöchsten Befehl der Geheimen Kabinettstat von Valentin.“

Nach der Eröffnungsansprache des Kollegen Schiffer erhielt sofort Kollege Stegerwald das Wort zur Erstattung seines Referates.

Nach einigen Begrüßungen über die Entwicklung des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager gab Redner einen Überblick über die zahlreichen Auslegungen, welche das neueste päpstliche Rundschreiben in der Presse der verschiedenen Richtungen gefunden hat. Eine vielleicht gerechte Auslegung könne man sich kaum denken. In dieser bestreiten Situation ein Wort der Klärung zu sagen, sei der Ausgangspunkt des Vortrages. Gegenüber der Einwendung der katholischen Fachabteilungen, die christlichen Gewerkschaften hätten sich bezgl. ihrer Stellung nach der religiös-sittlichen Seite nirgends programmatisch und bindend festgelegt, vertrat Redner auf seine diesbezüglichen, namens des Vorstandes des Gesamtverbandes am 2. März d. J. in einer Kölner Versammlung abgegebenen Erklärungen. Weitere Garantien und Verpflichtungen könnten die christlichen Gewerkschaften nicht übernehmen. Von einem deutschen Bischof, dem gegenüber er dieser Überzeugung Ausdruck verlieh, sei ihm die Antwort geworden: „Mehr verlangt auch keine kirchliche Behörde. Zu übrigem müßt gezeigt werden, eine nach allen Richtungen hin (sozial, wirtschaftlich, religiös) in sich absolut vollkommen geprägte Arbeitersorganisation ist in Deutschland für gläubige Christen nicht möglich. Die Organisation ist insofern methodisch, wie sie sich zwischen christlichen Gewerkschaften und dem Kartellverbund der katholischen Arbeiterschaften herausgebildet hat, trage unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen der christ-

lichen Arbeiterschaft am vollkommensten Methoden u. g. Beide Teile begrenzen ihre Aufgaben und ergänzen sich gegenseitig. Bei dieser Arbeitsmethode haben sich bisher leider grundsätzlich bedeutsame Symptome oder praktische Schwierigkeiten gezeigt.“

Zu den christlichen Gewerkschaften wären schätzungsweise 70 000 evangelische Arbeiter organisiert. Für die Ziele, welche die Bewegung verfolgt, könne diese Zahl sehr wohl in Betracht. Über kirchlich habe das Säulen der Konfessionsangehörigen innerhalb der christlichen Gewerkschaften kaum etwas zu bedeuten. Es handele sich ganz einfach um ein Zusammensetzen, wie es die Arbeit in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem Bauwerk jeden Tag mit sich bringe, um ein Zusammensetzen, wobei höhere Interessen nicht verletzt werden. Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine Minderheit bzw. n. g. Die sozialdemokratische Bewegung habe bereits einen großen Vorprung, als sie gegründet wurde. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften neben diesen ist darum naturgemäß sehr schwierig. Die Arbeitgeber, mit denen die berufswirtschaftlichen Interessenvertretungen sich auseinanderzusetzen haben, sind in Deutschland wohl mehr als zu 50% Nichtkatholiken. Auch in der Staatsverwaltung überwiege bei weitem das evangelische Element. Solche Zusammenhänge wären zu beachten und ließen klar erkennen, daß der evangelische Teil in den christlichen Gewerkschaften nicht ein bloß „Anhänger“ sei.

Zur Enzyklika selbst übergehend, bemerkte Redner gegenüber dem von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorwurf, die Enzyklika sei „ein Ausnahmegesetz für die Arbeiter und vom Papst eigens für die besitzenden Klassen geschrieben“, so könne sie unmöglich gedacht sein. Die Enzyklika enthalte überhaupt nicht der Initiative der Kirche, sondern sei erlassen worden nach langjährigen Drängen der kath. Fachabteilungen. Wenn für andere Erwerbsklassen innerhalb des kath. Lagers keine ähnlichen Enzykliken beständen, so deshalb nicht, weil diese Erwerbsklassen nicht gegenseitig im Streit liegen. Die Enzyklika verfolge den friedlichen Zweck, den nun seit 12 Jahren andauernden Streit im kath. Lager über christliche Gewerkschaften und kath. Fachabteilungen zu beenden.

Bei den unterschiedlichen Auslegungen der Enzyklika handle es sich speziell um einige Stellen, die auch in Kreisen der christlichen Gewerkschaften Unruhe hervorgerufen hätten. Die eine Stelle betrifft das Zuständigkeitsrecht und die Mitwirkung der kirchlichen Obrigkeit bei wirtschaftlichen Fragen; eine zweite bezieht sich auf die Gründung konfessionell kath. Vereinigungen in katholischen Gegenden; eine dritte, die Beobachtungspflicht der Bischöfe gegenüber interkonfessionellen Vereinigungen; eine vierte, ihre Zuständigkeit in der Streitfrage und eine weitere Stelle ist als Befürderung der Ausbreitungsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften gedacht worden, und das habe Beunruhigung hervorgerufen. Von dieser Beunruhigung habe auch der Bischof von Paderborn von dritter Seite Kenntnis erhalten, worauf er die Führer der christlichen Gewerkschaften wissen ließ, daß eine solche Aussöhnung der befragten Stellen der Enzyklika absolut unzutreffend sei. An eine solche Interpretation habe von den in Fulda verjammerten Bischöfen niemand gedacht. Bischof Schulte habe seine Meinung sodann näher spezialisiert. Daraufhin lauden Verhandlungen unter den Bischöfen statt, als deren Resultat er (Redner) von den Herren Kardinal Kopf und Bischof Dr. Schulte autorisiert sei, dem Kongress mitzuteilen, daß die Interpretation des Bischofs Dr. Schulte die Aussöhnung der Fuldaer Bischöfskonferenz wiedergebe. Redner gibt darauf die folgenden Erklärungen der Bischöfe wieder:

„1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verbundene Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiteranteil sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinanzehung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können“, ist letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der sozialistischen Erledigung solcher Streitfragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung besagt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, insofern sie das Sittengesetz berühren, auch ihre rechte Stellung zu nehmen, und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze die in Betracht kommenden Gläubigen vor sittlich-religiösem Schaden zu bewahren.“

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gemeinden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Unterstützung werden müssen,“ besteht überall dort als eine Vorschrift des Apostolischen Stuhls zu Recht, wo nicht die gesamte Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmestellung zutrifft. Vergl. Absatz: „In dieser Hinsicht nun....“ Eine Aufstellung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet um Aussöhnung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Kritik sein sollte, und in andere Gebiete, wo die christlichen Gewerkschaften erzielen würden, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufstellung des Diözesangebietes brächte, was der Heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.“

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden entsteht,“ erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an den sie mit dem Worte „Darum“ angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht befreiten können, sich zu orientieren, ob irgendwelche Organisationen, also auch die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften, grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Widerspruch treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die kirchliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden entsteht.

4. Bei dem Satz: „Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: sie sollen sich an ihre Bischöfe am Rat wenden, und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen, es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um eine päpstliche Mahnung an die katholischen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem rechten Standpunkt zu bleiben und die Bekämpfung untersiedender einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat zu setzen, die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuhören.“

Die Wendung im vorletzten Absatz der Enzyklika: „wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befinden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorstabsmaßregeln zuulassen“, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der gewöhnlichen Fassung, da in der im Abschluß „In dieser Hinsicht“ die Gültigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt werden ist.“

Stegerwald führt dann fort:

Den hier niedergelegten Grundsätzen sind die christlichen Gewerkschaften fests gerecht geworden. Der Berliner „Arbeiter“ habe freilich die befragten Stellen der Enzyklika anders ausgelegt. Demgegenüber erklärt er, daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Ausbreitungsgesetz nicht einengen ließen. „Sich Berlin“ würde auf eine unbestürmbare Mauer stoßen.

Die sozialdemokratische Presse mache viel Aufhebens mit der Wendung des päpstlichen Mandatstreitens: „Solange nicht wegen neueintretenden Umständen nye.“ und fahre insgesessen das Domäneschwert über den Gewerkschaften hängen. Die Sozialdemokratie brauche sich nicht um die weitere Existenz der christlichen Gewerkschaften zu sorgen. Diese hätten bisher bewiesen, daß sie ihre Existenz zu behaupten verstehen. Auch über die künftige gewerkschaftliche Konkurrenz zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften macht er sich nicht die geringste Sorge. In Zukunft könnten die „Berliner“ die christlichen Gewerkschaften nicht mehr verkehren. Das sei die Hauptache. Wirtschaftlich würde man mit ihnen fertig. Die Idee einer Kartellierung konfessioneller Gewerkschaften lasse sich nicht verwirklichen. Alle bisherigen Versuche, konfessionelle Gewerkschaften zu gründen, hätten sich als aussichtslos erwiesen.

Redner begründet dann die Unmöglichkeit einer „Gebietsbegrenzung“ der christlichen Gewerkschaften und fath. Fachabteilungen. Deutschland habe keine abgeschlossenen rein katholischen industriellen Gegenden. Die Industrien der verschiedenen Bezirke stehen miteinander in engsten Beziehungen. Der katholische Bezirk von heute sei der gemischt von morgen. Unter der Arbeiterschaftsvölkerung vollziehe sich eine unausgesetzte Mischung. Auch eine kirchliche Drauschnung der Gewerkschaften in ihren Einzelmahnahmen wäre absolut unführbar. Eine Mitwirkung der Kirche bei Regelung fachlicher und gewerblicher Angelegenheiten sei unabdingbar. Den Religionsgesellschaften würden bei einer Einmischung in gewerkschaftliche Einzelfragen unübersehbare Schwierigkeiten erwachsen. Redner führt einige praktische Fälle an. Die Gewerkschaftsbewegung dürfe nicht einseitig von kirchlich-seelsorgerlichen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Sie müsse vielmehr gewürdigt werden als notwendiges Glied in unserem Wirtschaftsorganismus. Alles dränge zur organisierten Zusammenfassung der wirtschaftlich gleicher Interessierten. In dieser Entwicklung könnten und dürften die Arbeiter nicht zurückbleiben. Die christlichen Gewerkschaften seien in Deutschland eine sozial-wirtschaftliche Notwendigkeit. Die christlichen Gewerkschaften seien in Deutschland aber auch eine staatliche Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie habe außerordentlich an Ausbehnung gewonnen; die Gefahren, die sie in sich birgt, wachsen. Mit Erziehungskünsten lasse sich diese Partei nicht auf einen anderen Boden bringen, aber auch nicht mit politischer Gewalt. Solange aber in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei, könne die Sozialdemokratie ihre Pläne nicht verwirklichen. Ein Gegen teil, die zielklare, ausgleichende Politik der christlich-nationalen Bewegung zwinge die Sozialdemokratie, auf die Dauer andere Wege einzuschlagen.

Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen sich nie mit Fragen der Kirchenpolitik, des Kirchenwesens oder sonstigen religiösen Streitfragen beschäftigt. Ihre Aufgabe liegt nicht auf dem religiösen Gebiete, sie betreiben keine „Religiousmengerei“. Man hat es den christlichen Gewerkschaften schwer gemacht, ihre fruchtbare Arbeit zu erfüllen. Die ewigen Beunruhigungen könne die Bewegung auf die Dauer nicht weiter ertragen. Eher möchten die christlichen Gewerkschaften sich zu einer Kitaänderung entschließen. Das wäre angesichts der sozialdemokratischen Weltbauhauptsbewegung eine bedauerliche Sache. Die Berliner Kritiker schaden mit ihren Nötgeleien schließlich letzten Endes der Sache selbst, der sie dienen wollen. Ob sie nunmehr Frieden geben werden, bezweifelt Redner. Die deutschen Bischöfe hätten schon 1910 ein Mahnwort ausgesprochen. Geholfen habe es nicht viel. Die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften wäre ganz einfach vom Auslande her weiterbetrieben worden. Sollte es in diesem Sinne weitergehen, so würden die christlichen Gewerkschaften die Angriffe in Zukunft nicht unverdutzt lassen. Wir würden solche Auseinandersetzungen nicht und lassen, daß man unsern Essener Kongress allseitig verstehen wird.

Unsere Gewerkschaftsbewegung, so schloß Redner, bedarf der endlichen Ruhe und beamaßt rückhaltlos genau dieselbe Achtung und Bewegungsfreiheit, wie sämtliche gleichartigen Organisationen der übrigen Stände. Das ist in unser unbewegsamem Standpunkt.

Nehmen Sie in diesem Sinne die Resolution, die Ihnen der Ausdruck des Gesamtverbandes vorgelegt hat, an. Und dann an die Arbeit! Schließt die Reihen, formt neue Armeen für die christlichen Gewerkschaften!

Die Rede Stegerwalds wurde wiederholt an ihren markantesten Stellen durch stürmischen Beifall der Kongressteilnehmer unterstrichen, der sich immer von neuem wiederholte als Stegerwald seine Ausführungen in den Applaus ausstingen ließ: „Schließt die Reihen, formt neue Armeen für die christlichen Gewerkschaften!“

Nach einem kurzen herzlichen Dankeswort des Vorstandes Kollegen Behrens an den Referenten wurde gleich in die Diskussion eingetreten.

Zunächst sprach Kollege Vogelsang im Namen des Hauptvorstandes, der Beamten, Vertrauensleute und Mitglieder des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter. Er gab zuerst einen Rückblick auf die Gründungsgeschichte des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. Als sein Zweck wurde gleich bei der Gründung im Jahre 1894 die Hebung der Lage der Bergarbeiter auf christlicher und geistlicher Grundlage festgelegt und ins Statut übernommen. Im übrigen schloß das Statut die Förderung religiöser und konfessioneller Zonen und Angelegenheiten aus. Im Zentralvorstand sollten beide großen christlichen Konfessionen vertreten sein. Er wurde deshalb Gewerksverein christlicher Bergarbeiter genannt. Es wurde kein neues interkonfessionelles Christentum geschaffen, keine Religionsmengerei getrieben. (Sehr richtig!) Vielmehr arbeiteten katholische und evangelische Bergleute in einer Organisation zusammen um ihre Lage zu verbessern. Diese Grundlage hat sich bis heute glänzend bewährt, seit mehr als 18 Jahren. Wie sind unsere katholischen Mitglieder bei unseren gewerkschaftlichen Arbeiten mit ihrer religiösen Überzeugung in Widerspruch gekommen, ebenso unsere

ebangelischen Mitglieder nicht. (Sehr richtig!) Trotzdem haben wir wegen des interkonfessionellen Charakters schwer Angriffe und schwere Verdächtigungen zu erdulden müssen, und die Vertreter, Berater und Vorkämpfer der Fachabteilungen haben unsere katholischen Mitglieder bis in die höchsten kirchlichen Stellen hin verdächtigt, sie ständen nicht mehr auf dem Boden ihrer Konfession, seien nur noch Tauschein-katholiken. Feierlich und im Angesichte der Oeffentlichkeit nahm ich unsere katholischen Mitglieder gegen diese Lügen und Verleumdungen in Schutz, sie stehen voll und ganz auf dem Boden ihrer Konfession, sie hängen treu an ihrer Kirche und achten gern die von Gott gesetzte kirchliche Obrigkeit und Autorität. Das alleine kann und muss ich von unseren ehemalischen Mitgliedern sagen. Es fällt keinem unserer Mitglieder ein, infolge seiner gewerkschaftlichen Betätigung seinen Glauben zu verleugnen oder herabzusehen. Im Gegenteil mit Stolz bekannte jeder seinen Glauben und lebt danach.

Was wir tun und treiben in unseren christlichen Gewerkschaften, sind an und für sich wirtschaftliche Dinge. Hunderttausende Katholiken tun das gleiche in hunderten von ähnlichen interkonfessionellen Organisationen, unbekannt seit Jahr und Tag. Wir bewegen uns also offenbar innerhalb derjenigen Grenzen, die durch Sitte und Moral gezogen sind. Innerhalb dieser Grenzen werden wir unsere wirtschaftliche Freiheit unerschütterlich behaupten, und wir geben heute mit allem Nachdruck der Forderung Ausdruck, daß diese unsere wirtschaftliche Freiheit und Selbstständigkeit endlich auch seitens aller Vertreter von Kirchengemeinschaften die gehärdende Beachtung finde. Sie unentwegt wahrgenommen, ist unser gutes Recht mit unsrener Pflicht.

Nedner führte dann weiter aus, daß die an einzelnen Orten bestehenden konfessionellen Fachabteilungen gegenüber der gewaltigen Kapitalmacht der Unternehmer nichts ausrichten, und daß auch Kartelle solcher konfessionellen Fachabteilungen eine wirkliche Gewerkschaft nicht ersetzen könnten. Auf gewerkschaftlichem Gebiete ist eine konfessionelle Abteilung nicht möglich. Es muß hier eine Zusammenarbeit der Angehörigen der verschiedenen christlichen Konfessionen erfolgen. Die einzelnen Konfessionen in Deutschland können und dürfen ihre Angehörigen nicht davon zurückschalten. Deshalb sollten sie das auch nicht versuchen, vielmehr ihre Anhänger in ihrer religiösen Überzeugung festigen, daß diesen kein Schaden erwächst. (Sehr richtig!) Im Westen ist in dieser Beziehung bereits in der besten Weise gearbeitet.

Es wird von den katholischen Facharbeitslern viel von den Gründäcken der Gerechtigkeit und Liebe geredet, die man gelten lassen müsse. Das ist für uns selbstverständlich, die Arbeitgeber im Bergbau verstehen aber auch über eine solche Kapitalmacht und so starke Organisationen, daß wir ihnen beim besten Willen nicht unrecht tun könnten.

Zum Schlusse betonte der Nedner nachdrücklich, daß der christliche Gewerberat in Zukunft seine bewährten Grundsätze beibehalten und in der bisherigen Weise seine Tätigkeit weiter entfalten werde.

Für die christlichen Bauarbeiter erklärte deren Verbandsvor sitzender Kollege Wiederau: Die 45 000 christlich organisierten Bauarbeiter hätten sich nicht ihren Verband geschaffen um eine radikalere Interessenvertretung als die sozialdemokratischen zu haben, sondern um eine entschiedenere Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu ermöglichen und durchzuführen, ohne daß religiöse oder konfessionelle Interessen der Mitglieder gefährdet oder geschädigt werden.

Nichts liege ihnen ferner, als der Gehanke einer interkonfessionellen Religion. Deshalb habe der Verband stets seinen Mitgliedern den Beitritt zu den konfessionellen Standesvereinigungen, die dem christlichen Verbande nicht feindlich gegenüberstehen, empfohlen und halte auch in Zukunft daran fest. Nedner legte dann eingehend die eigenartigen Verhältnisse im Baugewerbe und die hieraus für eine erfolgreich wirkende Arbeiterorganisation sich ergebenden Voraussetzungen dar. Nur auf breitestem Grundlage lasse sich im Baugewerbe für die Arbeiter etwas erreichen. Eine weitere Peripherierung wäre geradezu unverantwortlich und würde die Herbeiführung der Alleinherrschaft der Sozialdemokratie bedeuten. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte könne sich die christliche Arbeiterschaft behaupten; eine konfessionelle einseitig gerichtete Arbeiterorganisation müsse als Schwächung der Position der christlichen Arbeiterschaft angesehen und bekämpft werden. Gegen die Berliner bestehet bei den christlichen Bauarbeitern ein Gross nicht wegen ihrer Katholizität, sondern weil die Berliner bei allen sozialen Streitigkeiten gegen die elementaristischen Grundlagen der Standsolidarität verstossen hätten. Nedner schildert dann eingehend die Schwierigkeiten, die sich schon heute bei Tarifabschlüssen, bei Schiedsgerichtsverhandlungen an sich ergeben und die sich bei konfessionellen Organisationen noch erheblich erhöhen würden. Er schloß: Wir halten fest an unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen und unserer Taktik und arbeiten weiter, Katholiken und Protestanten, für die wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder. Sollte man uns seitens der Berliner noch weiter verleidern, so würden wir den Kampf noch entschiedener gegen sie führen, wie bisher.

Unser Verbandsvor sitzender Kollege Wieber legte dann in den nachstehend im Wortlaut wiedergegebenen Ausführungen den Standpunkt der christlichen Metallarbeiter zu der Streitfrage dar:

Zu den letzten Wochen hat eine große Erregung unter den christlichen Arbeitern Platz gegriffen. Das väterliche Kündschreiben über die Gewerkschaftsfrage berufen unsere Gegner in allen Lagern, um erneut den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften zu führen. Eine ihrer Hauptwaffen sind Misstrauen und Verwirrung unter die christlichen Arbeiter zu tragen, um sie so auseinander zu sprengen.

Diesen Treiben gegenüber sind wir gestungen vor dem Forum der Oeffentlichkeit unsere Stellungnahme zu den neuesten Ereignissen zum Ausdruck zu bringen.

Namens des Metallarbeiterverbandes erkläre ich zu den Differenzen folgendes: Unser Verband ist und bleibt eine Zentralorganisation, deren Mitglieder in allen Städten und Bezirkstümern des Deutschen Reiches sich befinden. Eine Begrenzung unserer Tätigkeit auf bestimmte Gebiete des Reiches ist für uns unannehmbar und müssen wir ablehnen. Ebenso wird in der grundsätzlichen und praktischen Tätigkeit des Verbandes keinerlei Ränderung eintreten. Die Organisation bleibt was sie seither gewesen ist. Unser Treuegelöbnis von Dresden werden wir unverletzt aufrecht erhalten.

Die Fachabteilungsseite, wie sie von Berlin aus propagiert wird, lehnen wir ab. Nicht aus dem Grunde sind wir Gegner,

weil sie konfessionelle katholische Organisationen sind, sondern weil ihr wirtschaftliches Programm bei Vertretung der Arbeiterinteressen in Lohn- und Arbeitsfragen vollständig versagt. Weil sie die Selbsthilfe ausschalten und die Arbeiter dem Wohlwollen anderer Kreise ausliefern.

Die Arbeiter als große Mehrzahl der Bevölkerung verlangen keine Altrichter, sondern Rechte, damit sie ihren Stand innerhalb der Gesellschaft aufrichten und festigen können.

Die gewerkschaftliche Organisation ist für die Arbeiter der Gegenwart unabdinglich notwendig, sie ist nicht eine Einrichtung der Gesellschaft der Unterhaltung, oder des Spotts, sondern ein unentbehrliches Hilfsmittel ihrer wirtschaftlichen Existenz. Die Gewerkschaften bedeuten für den Arbeiter mehr als es in den Nichtarbeiterkreisen vielleicht anerkannt und gewürdigt wird. In dem freien Wettbewerb der Kräfte des Wirtschaftslebens ist der einzelne Arbeiter vollständig ohnmächtig, erst die Organisation bietet ihm Rückhalt und Stütze. Dem Arbeiter die Organisation unmöglich machen, bedeutet nichts weniger, als ihn wieder rechtslos machen, ihn in das Hörigkeitsverhältnis, ja noch schlimmeres, herabdrücken.

So lange alle anderen Gewerkschaftsrichtungen den Preis ihrer Produkte, wie Gewerbsartikel und Lebensmittel selbst bestimmen; die Arbeiter aber gezwungen sind, den geforderten Preis zu bezahlen, müssen auch wir Arbeiter selbständig das Recht in Anspruch nehmen, den Wert unserer Arbeit jenen Preisen nach Möglichkeit anzupassen.

Den Arbeitern ist es nicht so leicht gemacht den Wert ihrer Arbeit zu steigern. Um jeden Pfennig Mehrlohn muss gesieht, ja in den meisten Fällen mit dem Kapital schwangerungen werden, besonders bei uns Metallarbeiter. Wir stehen der stärksten Kapitalmacht gegenüber, den größten industriellen Werken, sowie den mächtigsten Unternehmensverbänden.

In dem deutschen Stahlverkartell sind zirka 1½ tausend Millionen Mark Unternehmenskapital vereinigt, und ist dies damit die stärkste wirtschaftliche Unternehmensgruppe der Welt; die nur vom amerikanischen Stahltrust übertroffen wird. In der Eisengroßindustrie befinden sich Eisenunternehmungen, die bis zu 70 000 Arbeiter beschäftigen. Die Leiter dieser Industrie lehnen es bis zur Stunde noch ab, sich in Unterhandlungen über Lohn- und Arbeitsfragen mit den Arbeitervorstellungen einzulassen. Einmalig werben die Unternehmen aufzwingen, und im schärfsten Maße die Arbeitskraft ausgenutzt. Eine große Zahl der Arbeiter muss jetzt noch zwölf Stunden in der Gluthitze ausharren, bei Tag und Nacht, teilweise auch Sonn- und Feiertags.

Die Arbeitgeber sind organisiert bis auf den letzten Mann.

Die Unternehmerverbände der Metallindustrie schrecken nicht davor zurück, bei den geringfügigen Anlässen zehntausende von Arbeitern auszusperren und auf die Straße zu setzen. Im Jahre 1910 war der Fall zu verzeichnen, daß um einer verhältnismäßig kleinen Zahl ausständiger Werkarbeiter willen, 400 000 Metallarbeiter die Aussperrung angedroht wurde. Nur dem Umstand, daß jene Arbeiter — um eine Aussperrung zu verhindern — sich mit geringen Bugeständnissen begnügten, war es zu verdanken, daß sie nicht verhängt wurde. Wegen 300 Niern in Stettin, wurde 50 000 Metallarbeiter die Aussperrung angedroht. In Hagen-Schwellen wurden sogar wegen 26 Kornern 25 000 Arbeiter wochenlang außer Arbeit gestellt. Die Massenaussperrungen in Hamburg, Berlin, Sachsen, Mitteldeutschland, Bayern, Baden u. s. w., die sich in den letzten Jahren abspielten, sind fast alle auf kleine unbedeutende Ursachen zurückzuführen. Die Arbeitgeberverbände wollen dadurch jedoch auch die bescheidenste und berechtigte Forderung der Arbeiter niederrücken und unmöglich machen. Dukende von Beispiele könnten dafür angeführt werden. Gegenwärtig schwelt wieder eine Aussperrung in Menden in Westfalen, wovon ausschließlich die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes betroffen werden. 170 Arbeiter hatten — durch die verfeierten Lebensverhältnisse gezwungen, einige beschiedene Forderungen eingereicht. Alle Bemühungen der Arbeiter zu einer Einigung zu gelangen scheiterten an dem hartnäckigen Widerstande des Unternehmers. Trotzdem sprang der Arbeitgeberverband von Menden sowie die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin dem Unternehmer zu Hilfe, und verhängte die Aussperrung über sämtliche Betriebe, wovon zirka drei tausend Arbeiter betroffen werden.

Die Unternehmer erklären offen, daß sie die bestreite Firma deshalb unterdrücken und die Arbeiter aussperren, weil sie befürchten, daß auch ihre Arbeiter mit Forderungen an sie herantreten würden. Das ist eine bequeme Methode, womit jedoch auch die kleinste Lohnforderung abgetan werden kann. Die Arbeitgeberverbände begnügen sich aber nicht allein mit den Aussperrern. Es werden auch missliebige Arbeiter noch durch die Zwangsarbeitsnachweise gemäßgelegt, und durch schwarze Listen verhängt. So werden die stiftlichen Grundsätze von „Gerechtigkeit und Liebe“ den Arbeitern gegenüber zur Anwendung gebracht.

Der in vielen Kreisen vorhandenen Annahme, daß die Unternehmerverbände die Unschuldsgagel, und nur die Arbeiter das Karmel seien, die den armen Unternehmern das Leben zur Hölle machen, muß entschieden widergesprochen werden. Die Tatsachen reden eine andere Sprache, wenn auch zugegeben werden kann, daß auch von Arbeitervorstellungen Mißgriffe vorkommen.

Eine besondere katholische Richtung in Deutschland hat sich nun seit Jahr und Tag die Aufgabe gestellt, die christliche Gewerkschaft zu bekämpfen und zu denunzieren, nicht zuletzt wegen ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zum Streit.

Es hat die christlichen Arbeiter bitter berührt, daß dieser Kampf sich nur gegen die Organisation der christlichen Arbeiter gerichtet hat. Aus diesen Kreisen haben sich bis jetzt aber keine Aufläger gefunden, die auch das riesenmächtige Unternehmertum bei seinen Aussperrungen in seine Schranken zurückzuführen vermocht haben.

Da in dem päpstlichen Kündschreiben die „Arbeiterstreit“, nicht aber die Aussperrungen Erwähnung gefunden, so sucht das Unternehmertum jetzt schon jenen Erfolg für seine Zwecke zu missbrauchen. So machte eine Firma in Menden, nachdem sie ihre Arbeiter aussperrt, unter Benutzung des päpstlichen Kündschreibens folgenden Anschlag:

„Da nun vonseiten der Arbeitgeber das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt, (was aber nicht war) aber der Organisation es tatsächlich an gutem Willen zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten mangelt, so sind wir leider gezwungen, die organisierten Arbeiter zu entlassen.“

Ein Teil der Enzyklika war blau angestrichen und daneben angehobt. (Diese Sätze lauten.)

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer Acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorchristen der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Hiele, alles hinordnen. Alle seine Hand-

lungen aber, insoweit sie gut oder böß in sittlicher Hinsicht sind, d. h. insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen, oder von ihm abweichen, sind dem Urteil und dem Richterspruch der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wosfern sie ihrer Pflicht eingedenkt sein wollen, keine Feindschaften und Bosigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.“

Dann hält es weiter:

„Hoffend, daß nach dem vorstehenden Passus der Enzyklika die organisierten Arbeiter so viel Gefühl und Gehorsam gegen Se. Heiligkeit besitzen werden, und die nicht außer Arbeit gesetzten Arbeiter, es sind 89, nicht durch Terrorismus belästigen, sondern diese in Frieden weiterarbeiten lassen, so werden diese nicht ausgesperrten Personen hiermit gebeten, am Montag ruhig weiter ihrer Arbeit nachzugehen. Es wird ihnen in jeglicher Weise weitgehender Schutz, jetzt und auch für die Folge von der Fabrikleitung zur Seite stehen. Die Gedanke, wir möchten den ausgesperrten Arbeitern nicht in den Rücken fallen, ist vollständig hinfällig, da die Friedenshand, welche unsrester Organisation erreicht wurde, schroff zurückgewiesen worden ist, daß in den Rücken fallen ist somit auf anderer Seite zu suchen.“

Franz Kissing.

Heinrich Kissing.“

Gegenüber der in dem Anschlag gemachten Behauptung, die Arbeitgeber hätten das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt, sei nur erwähnt, daß keine einzige Forderung der Arbeiter bewilligt, sondern die Arbeiter mit leeren Worten abgespielt wurden und alles in das Belieben der bestreiteten Firma gestellt war.

Aber es kommt noch besser:

In einem Schreiben an einen ausgesperrten Arbeiter, worin denselben angeholt wird, nach der Aussperrung nicht wieder eingestellt zu werden, wenn er nicht aus der Organisation austrete, heißt es wörtlich:

„In den letzten Tagen werden Sie jedenfalls Muße gehabt haben, die Enzyklika des Papstes in Ruhe durchzuleSEN und es wird Ihnen dann auch nicht entgangen sein, daß der Papst in sehr dichten Worten diese christlichen Organisationen Kölner Richtung abtut und, der Notlage gehorchen, diese bis auf weiteres nur dulden will, wohin gegen er über die Berliner Richtung nur Worte des Lobes hat. Diese Berliner Richtung verhürt grundsätzlich den Streik und will die Lohnverhältnisse auf dem Boden unserer hl. Religion geregt wissen, ein Weg, der sicher in 99 von 100 Fällen viel eher zu beiderseitiger Zufriedenheit führt, als das arrogante Auftreten der christlich-sozialen; ja der Papst geht sogar so weit, daß er diesen Leuten unbedingt zur Pflicht auferlegt, daß sie auch einem ausgesprochenen katholischen Arbeiterverein als Mitglied beitreten. Wenn Sie nun oben erwähnte Absicht haben (nämlich aus der Organisation auszutreten, Ausschaltung des Nedners) so kann ich Ihnen wie schon angekündigt; nur empfehlen, jetzt schon aus der Organisation auszutreten und ruhig dem katholischen Arbeiterverein als Mitglied beitreten. Nur unter dieser Voraussetzung kann ich Ihnen den innegehabten Posten wieder übertragen.“

Hochachtungsvoll Heinrich Kissing.“

Der Arbeiter, an welchen das Schreiben gerichtet war, ist längst Mitglied des katholischen Arbeitervereins. Außerdem sei festgestellt, daß die Arbeiter mit diesem Unternehmer überhaupt keine Differenzen hatten, die „Friedensstörer“ sind also gar nicht die Arbeiter, sondern auf der anderen Seite zu suchen. Damit aber weiter:

Wer in aller Welt hat denn die Unternehmer von Menschen gehindert, auf Grund ihrer hl. Religion die Streitpunkte zu beiderseitiger Zufriedenheit zu erledigen? Die Arbeiter gewiss nicht. Die waren und sind bereit die Differenzen beizulegen, wenn man ihnen halbwegs entgegenkommt.

Das päpstliche Kündschreiben wird aber nicht bloß von einzelnen Arbeitgebern missbraucht, sondern sogar von der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin.

Für einen von ihr an die Presse gefandnen Wahlzettel über die Mendener Angelegenheit, — wo mit fälschlicher Weise unterstrichen wird, ich habe in einer Arbeiterversammlung wichtige Tatsachen verschwiegen u. a. mehr — heißt es zum Schlus:

„Das Verhalten des christlichen Verbandes erscheint hiernoch nicht als ein solches, wie es der Papst den christlichen Gewerkschaften, wenn er sie tolerieren will, zur Pflicht macht.“

Der geehrte Redaktion zur gefälligen Bewertung überlässt.

Berlin, den 16. November 1912.

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände.“

Wenn man sich vergegenwärtigt wie die Arbeitgeberverbände rücksichtslos vorgehen, sich noch herausnehmen den Arbeitern gegenüber den Moralprediger zu spielen, dann fühlt man so etwas vom „Künischen des inneren Menschen“.

Der Zweck der Enzyklika ist jedenfalls nicht der, dem Unternehmertum willenslose und billige Arbeitskräfte zu beschaffen. Wollen sich die Arbeiter diesen Arbeitgeberverbänden gegenüber Geltung verschaffen, so können sie es nur in einer Organisation, wo ernsthafte Gewerkschaftsarbeiten zu leisten möglich ist, und diese sind die christlichen Gewerkschaften.

Meine Herren:

Zu einem weiteren Differenzpunkt möchte ich mich noch äußern.

Von besonders eifriger Kapitolswächterin, woran in Deutschland ja kein Mangel herrscht — wird die Enzyklika auch dahin auszulegen versucht, als wenn im Zukunft katholische Arbeiter Lohnbewegungen und Streiks nur mit Gutheizung kirchlicher Instanzen führen dürften. Diese Ausschau lehnen wir ab. Wir werden darin selbständig vorgehen, wie es seither gewesen ist. Die Interpretation des hochwürdigsten Herrn Dr. Schulte von Padborow, die wir vorhin gehört haben, besagt ebenfalls Weise, daß ein solcher Sinn in die Enzyklika nicht hineingelegt werden kann.

In welch unangenehme Lage der Klerus kommt, wenn er amtlich in die Lohnstreitigkeiten hineingezogen wird, darüber möchte ich ein lehrreiches und interessantes Beispiel aus Holland anführen.

Die Gewerkschaften in Holland sind sowohl im katholischen wie evangelischen Lager streng konfessionell getrennt, wie es die Berliner erstreben.

Die katholischen Gewerkschaften stehen unter Aufsicht der kirchlichen Behörde, dieselbe stellt ihnen einen geistlichen Beirat, Advoisieur genannt. Der selbstverständlich bei allen wichtigen Fragen, also auch bei Lohnstreitigkeiten sein Beirat abzugeben das Recht hat.

Im Jahre 1910 hatte nun die katholische Metallarbeiterorganisation mit Zustimmung des geistlichen Beirates eine Lohnbewegung eingeleitet. Über trocken die Organisation unter kirchlicher Rücksicht steht, hatte der Unternehmer die Forderung einstweilig abgelehnt. Es kam zum Streit.

Zu Gegenstand zu den Berlinern, sind die Holländer wenigstens noch so vernünftige Leute und lehnen den Streit, als letztes Mittel nicht grundsätzlich ab.

Der Bischof der Diözese, der selbst, wie mir berichtet wurde, die Arbeiter mit erheblichen Gelbsummen unterstellt hat, gab sich alle Mühe, eine Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, trocken der Arbeitgeber Katholik war, scheiterten die Verhandlungen; der Streit ging voran.

In Gelbsachen hörten die Arbeitgeber auch nicht auf die Autorität eines Bischofs. Nachdem das Geld aufgebracht war, die Leute noch auf der Straße lagen, wandte sich der Vorsitzende des Verbandes, ehemals einer Weise nicht an die Berliner, sondern an mich, — den Vorsitzenden des interkonfessionellen Verbandes um Hilfe. Jedoch hatte ihm das Beispiel von barnherzigen Samaritanern etwas vorgeschwobt. —

Hilfsbereit wie wir christliche Gewerkschaften nun einmal sind, hessen wir gern, wo zu helfen notwendig ist. Wir haben dafür Sorge getragen, daß ein Teil der Arbeiter in Deutschland untergebracht wurden. Außerdem noch ein paar tausend Mark dem Verband überwiesen, damit der selbe sich aus der schwierigen Situation herausheben könnte.

Ob die Holländer aus diesem Vorkommen etwas gelernt haben ist mir unbekannt geblieben.

In dem kleinen Holland, mit seiner geringen Arbeiterzahl und weniger entwickelten Industrie, wo Streiks nur in kleiner Zahl und kleinem Umfang vorkommen, mögen solche Vorkommen wenig zu bedeuten haben.

Aber in Deutschland mit seiner gewaltigen Industrie und Arbeiternäften, wo jährlich tausende von Streiks und Lohnbewegungen vorkommen, würden sie eine ganz andere Wirkung auslösen. In letzter Zeit müßte die Autorität des Klerus vollständig verloren sein.

Das angeführte Beispiel aus Holland zeigte uns:

1. Dass die kirchliche Behörde in diesem Falle eine Niederlage erlitten und damit auch ihre Autorität.
2. Dass die Autorität des Bischofs nicht hinreicht, um hartnäckige Arbeitgeber zum Nachgeben zu bewegen. Ein noch mächtigerer Einfluß würde nicht hinreichend sein, um bei den deutschen Eisen- und Stahlindustriellen durchzudringen.
3. Im äußersten Fall der Not ist man gezwungen, über die konfessionellen Schranken hinweg Hilfe zu nehmen, gleich von welcher Seite sie herkommt.
4. Mit Gründsätzen allein lassen sich Lohnbewegungen und Streiks auch wenn die Forderungen noch so berechtigt sind, mit Erfolg nicht durchführen, wenn nicht reale Machtaktoren dahinter stehen.

Im Jahre 1889, beim großen Bergarbeiterstreit war es kein geringerer als der deutsche Kaiser, der auf die Großindustriellen und Bergherren einwirkte, sie möchten die Arbeiter als gleichberechtigten Teil anerkennen. Inzwischen sind 23 Jahre ins Land gezogen, und in der Großeisenindustrie wie im Bergbau sind wir noch keinen Schritt näher gekommen wie damals.

An diesen harten Tatsachen kann niemand vorbeikommen, vorausgesetzt, daß es ihm um die Vertretung der Arbeiterinteressen ernstlich zu tun ist.

Wir christlichen Gewerkschaften haben stets anerkannt, „daß Gerechtigkeit und Liebe“ auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit Prachtung finden müssen; deshalb haben wir aus Prinzip den Klassenkampf abgelehnt.

Wenn aber abgewogen werden könnte, wer im Wirtschaftsleben mehr die Gerechtigkeit und Liebe verleiht, die Arbeitgeber- oder Arbeiterorganisationen, dürfte das Jüngste der Wage sehr zu Gunsten der letzteren hineinigen.

Die katholischen Arbeiter Deutschlands müssen für sich das Recht beanspruchen — was allen anderen Ständen unbeansprucht zugebilligt wird — nämlich die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Wer andere Länder kennt gelernt hat, und mit den Arbeitern in Berührung gekommen ist, wird ohne Überzeugung sagen müssen, daß unter den katholischen Arbeitern aller Länder die Deutschen mit am geistig regksamsten, und in ihrer Religion am tiefsten durchgebildet sind.

In Ausübung der religiösen Pflichten lassen sie sich von keinem anderen Stande übertreffen.

Ein großer Fonds von Liebe und Vertrauen gegenüber der kirchlichen Obrigkeit liegt bei ihnen aufgehäuft, wie in kaum einem Staate. Die Gegner der christlichen Gewerkschaften lassen es sich alle Mühe kosten diesen zu zerstören. Mögen die Fachabteilungsanhänger sich einmal fragen, ob sie vielleicht unbewußt den Gegnern hierbei Vorschub leisten.

Kolleginnen! Kollegen!

Es ist vorauszusehen, daß wir in der Zukunft noch mehr Räume zu bestehen haben werden. Unsere Gegner, werden es an offener und geheimer Befehlung nicht fehlen lassen.

Demgegenüber wollen wir eingedenkt von Dresden in alter Treue zusammenstehen, als katholische und evangelische Arbeiter in gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Vaterlandes und des Arbeitersstandes.

Dieses sei heute noch einmal unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Auf zu neuer Arbeit für unsere Sache!

Als Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes betont Kollege Sisternich, daß die von ihm vertretene Organisation an ihrer bisherigen Selbstständigkeit und Tatkraft bei Lohnbewegungen festhalten und auch auf den Streit als letztes Mittel nicht verzichten werde. Was dem Westfälischen Bauernverein, der noch kürzlich auf seiner Jubiläumsversammlung in Münster seine Interkonfessionalität betont habe, recht sei, müsse auch den Arbeitern recht sein. Für die evangelischen und katholischen Arbeiter sei ein Zusammenarbeiten um so notwendiger, als bei ihnen die Verhältnisse viel schwieriger liegen. Ganz besonders im Münsterlande lägen die Verhältnisse ungünstig. Es sehe wohl selten eine Gegend, wo das Unternehmertum sich so wenig bereit finde, berechtigten Ansprüchen der Arbeiter Rechnung zu tragen, wo der Organisation der Arbeiter so großer Widerstand entgegengesetzt werde, wie das Münsterland. Bei jeder noch so geringen Forderung trete sofort der Arbeitgeberverband in Funktion. Rednet erinnert an die Aussperrungen in Boesfeld, Emsdetten und neuerdings in Höhenbüren. Bei jede geringfügige Forderung der Arbeiter antworte die Münsterländer Textilarbeiter mit der Aussperrung. Von Entgegenkommen, oder gar Anerkennung der Arbeiterorganisation führe man keine Spur. Einem solchen Unternehmertum gegenüber müsse es nichts, wenn der Arbeiter lediglich auf die

Befolgung der Grundsätze der Liebe und Gerechtigkeit hinweise, sondern hier bedürfe die Arbeiterschaft der stark leistungsfähigen Organisation. Würde diese unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehen, dann ergäbe sich die Gefahr, daß der Kampf nicht ein solcher auf wirtschaftlichem Gebiete bleibe, sondern zu einem Kampf zwischen Angehörigen einer und derselben Konfession werden könnte.

Im Namen des christlichen Krankenpflegerverbandes betonte Kollege Streiter: Die vor kurzem in Dresden abgegebene Erklärung im Namen der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften siehe trotz der Enzyklika *Quoniam etiam* und *Utrumque* auch heute noch fest. Auch in Zukunft werden Katholiken und Protestanten bei uns fest zusammenhalten wie der beste Stahl, der hier in Ehren geschmiedet wird. Ein evangelisches Mitglied habe bis heute noch nie bei den christlichen Gewerkschaften Wechs für seinen Glauben gefunden. Wenn Evangelische forschen, dass die Evangelischen wegen der Minderzahl von den Katholiken abhängen werden, dann sorge man nur für stärkeren Beitritt der Evangelischen, die Katholiken werden das freudig begrüßen. Bei uns heißt es auch in Zukunft: Getrennt in Konfessionen, aber freudig vereint als Nation!

Kollege Dauer-München gab darauf im Namen der dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Staatsangestellten- und Staatsarbeiter-Verbände die nachfolgende Erklärung ab: „Der Gewerkschaftsstreit hat für die Staatsangestellten und Staatsarbeiter wenig Bedeutung. Einer der Hauptstreitpunkte, die Streitfrage, berührte uns nicht. Wir haben wiederholt — erstmals auf dem Dresdener Gewerkschaftstag — erklärt, daß wir das Streikrecht für uns nicht in Anspruch nehmen. Die Gründe hierzu sind nicht religiöser und moraltheologischer, sondern nationaler und wirtschaftlicher Natur. Die Gabungen unserer Verbände, welche von den zuständigen Verwaltungen der Staatsbetriebe genehmigt sind, schließen die Beschäftigung mit religiösen und parteipolitischen Fragen aus. Die „Berliner Fachabteilungsbestrebungen“ werden unter den Staatsangestellten und den Staatsarbeitern nie mal Aufruhr machen.“

Kollege Kurthseid, der Verbandsvorsitzende der christlichen Holzarbeiter führt aus: Die christlich organisierten Holzarbeiter rechneten die Unruhen der letzten Zeit zu den Dingen, die einer guten Sache nicht erhabt bleiben und Choraleidenschaften. So hat auch die augenblickliche Bewegung ihr Gutes. Treue, religiöse und nationale Männer hätte die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht in so großer Zahl hervorgerufen, wenn sie künstlich ausgepäppelt gewesen wäre. Waren die Stürme, die über die christlich-nationalen Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen hinweggegangen, auf die Fachabteilungen niedergegangen, dann wären sie hinweggelegt vom Boden. Unter Verband wird auf Grund seiner Gabungen auch in Zukunft an den christlichen Gewerkschaften festhalten. Ein interkonfessionelles Christentum ist bei uns unbekannt, auch in Zukunft. Die Fragen, die wir in nächster Zeit zu lösen haben, können von der Berliner Bewegung zu keinem befriedigenden Ende geführt werden. Neben dem Recht muß da eine Macht auftreten können. Demnächst sind 51 Tarifverträge für etwa 50000 Holzarbeiter abzuschließen. Da hilft kein Mundspizen, da muß gepfiffen werden. Bei der nächsten Tarifbewegung in der nächsten Zeit soll unser Ziel sein: 20000 Mitglieder und eine Million in der Kasse.

Franziska Behm-Berlin, als Vertreterin des Heimarbeiterverbandes, wies zunächst darauf hin, daß die Mitarbeit der Frau als Erzieherin der Jugend nicht ohne große Bedeutung für die christliche Gewerkschaftsbewegung sei. Die Frauen hätten aber auch ein Interesse an den christlichen Gewerkschaften, das dem der Männer mindestens gleichstehen. Was sollten denn die Heimarbeiterinnen anfangen, wenn wir uns nach Konfessionen spalten wollten. Gott behüt uns vor Fachabteilungen. Jetzt schon ist die Organisation, die Opfer an Zeit und Geld für die armen Heimarbeiterinnen so überaus schwer. Was würde man uns zu bieten wagen, wenn wir uns durch Trennung schwächen wollten? Hat man doch nur erst vor wenigen Tagen die Organisation der Heimarbeiterinnen an einem Ort als unnötig erklärt, da die Armenverwaltung dort so vorzüglich organisiert sei. Gegenüber solchen Ansichten sei mit Liebe und Gerechtigkeit allein nicht viel auszurichten. Für die Heimarbeiterinnen gelte auch in Zukunft nur die Lösung: „Ob Katholik oder Protestant, wir gehen treulich Hand in Hand.“ Auch die Heimarbeiterinnen halten weiter fest an den christlichen Gewerkschaften, treu wie immer!

Im Namen des Gutenbergbundes sprach Kollege Tressert-Berlin. Er führte aus: Genau, wie andere Betriebe, können auch die Buchdrucker sich nicht auf bestimmte begrenzte Gebiete einräumen lassen. Für sie gelte das aber noch ganz besonders. Ihr Tarif gäbe fürs ganze Reich, alles sei bis ins kleinste geregelt. Jahr lang kämpfe man um die Rechte, die dem sozialdemokratischen Buchdruckerbande schon zustehen. Wenn man nun durch konfessionelle Trennung sich schwäche, dann sei alle Aussicht auf Erfolg verloren. Der Gutenbergbund sei die einzige nennenswerte Organisation neben dem sozialdemokratischen Verband. Werde man nun geschwächt, so sei alles den Sozialdemokraten ausgeliefert. Wie diese heute schon arbeiten, das beweise die eine Tatsache von vielen, daß in der christlich-katholischen Druckerei in Düsseldorf Streit drohte, weil ein Nichtverbändler eingesetzt wurde. Ferner, dauernde Stellungen gebe es heute nicht mehr, daher ein Wandern durchs ganze Reich, bald nach katholischen, bald nach protestantischen Orten. Soll man nun je nach der Präzisierung des Verbands wechseln, wenn die Gebiete für christliche Gewerkschafter und Fachabteilungen abgetrennt werden? Bis jetzt sind im Buchdruckergewerbe Fachabteilungen noch nicht vorhanden. Wir können uns ihnen auch nicht anschließen, denn wir sind kontraktuell gebunden, konfessionell und politisch unabhängig organisiert zu sein. Wir bleiben was wir waren!

Verbandsvertreterin Kollege Breuer Düsseldorf begrüßte namens des christlichen Malerverbandes die wirkungsvolle Spreche des Siegerwaldbischen Vortages, die die Phrasen der Gegner als vollkommen unberechtigt erwiese. Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien bei den Mälern reichsaristisch geregelt. Die Aufgabe der Organisation und des Streits bedeute die Aufgabe alles bessern, was bisher errungen sei. Gegen die Schriftstellerin gebe es kein anderes wirksames Mittel. Ohne Streit sei man als Tarifvertrahent unmöglich, und als die Fachabteilung sich mit ihrer Verwertung des Streits anbietet wollten, da müssten sie sich von den Arbeitgebern als nicht geeignet für Tarifverträge abweisen lassen. Ihre selbständige christliche Organisation sei aber auch den Sozialdemokraten auf der Gehilfenseite ein Monopol geschaffen, so daß man schließlich nicht Brot und Arbeit erhalten wolle, ohne rot organisiert zu sein. Wenn man es ehrlich meine mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, dann könne man an den alten Grundsätzen nichts ändern.

Im Namen der christlich organisierten evangelischen Arbeiter Essens sprach dann Kollege Meyer-Essen. Er erklärte: Direkt geht uns Evangelische die Enzyklika nichts an, sie ist Sache der katholischen Arbeiter. Da wir nun aber Evangelische und Katholische hier nebeneinander arbeiten und in unseren Interessen gemeinsam gehen, nehmen wir mit Begeisterung Kenntnis davon, daß unsere katholischen Kollegen nicht daran denken, ihren bisherigen Standpunkt zu verlassen. In der gegenwärtigen Zeit können wir uns den Zugang zu einer konfessionellen Trennung nicht leisten. Schalter an Schalter haben wir für die Einigung Deutschlands gesäumt, an der wirtschaftlichen Erhebung Deutschlands gearbeitet und die Interessen des vierten Standes vertreten. Sollen wir das nun wegen der Berliner aufgeben? Wir wollen Frieden mit unseren katholischen Brüderen und Schwestern. Eine Einigung geistlicher Brüder, wie sie die Fachabteilung aus der Enzyklika herauslesen möchte, würden auch wir in Lohn und Arbeiterfragen nicht dulden und sie uns beim Obersteuerrat und beim Konsistorium energisch verbitten. Was wir in gemeinsamer Arbeit erreicht haben, wollen wir nicht aufgeben. Daher protestieren wir gegen eine Auslegung der Enzyklika, wie sie von Seiten der Fachabteilungen versucht wird. „Wir wollen sein ein einziges Volk von Brüdern, in keiner Art uns trennen und Gefahr.“

Kollege Tremmel-Wassenburg erklärte im Namen der Transport- und Fabrikarbeiter den völligen Abschluß an die Vereinigungen der Vorreiter. Eine Trennung nach Konfessionen bediente die Begründung eines Arbeitsmonopols für die Sozialdemokratie. Die Gefahr, die in dieser Hinsicht von Seiten der Sozialdemokratie drohe, sei außerordentlich groß. Im Jahre 1910 wurden im Transport- und Fabrikarbeitergewerbe von 3756 Tarifabschlüssen 259 oder 6,6 Prozent mit der Verpflichtung der Arbeitseinstellung durch den Arbeitsnachweis getätig, im Jahre 1911 von 3868 Abschlüssen 575 oder 15 Prozent. Die Monopole haben also um mehr als das Doppelte zugenommen. Wenn jetzt noch eine Spaltung nach Konfessionen bei uns eintrete, dann versündigen wir uns nicht nur gegen die Arbeiterinteressen, sondern gegen unser nationales Bewußtsein. In der heutigen Zusammensetzung unseres Verbandes lassen wir nicht rütteln und unser Gebiet uns nicht begrenzen.

Kollege Niendorf-Frankfurt gab im Namen der Lebendarbeiter und sämtlichen übrigen noch nicht zu Wort gekommenen Verbänden eine Erklärung ab, nach der eine konfessionelle Trennung von ihnen abgelehnt werde im Hinblick auf nationale Interessen. Evangelische und Katholiken seien in ihrer Religion im Verband niemals geschädigt worden. Die Berliner seien alsdann gegen die Sozialdemokratie viel zu schwach. Eine Spaltung und Schwächung der christlichen Gewerkschaften bediente eine Auslieferung der Arbeiterinteressen an die Sozialdemokratie.

Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts das Schlusswort.

Als wir vor 15 bis 20 Jahren den ersten Grundstein legten zu unserer Bewegung, da hat sich wohl keiner von uns träumen lassen, daß ein Werk, das in so edler Absicht, aus den besten Motiven, mit den ehrenlichsten Mitteln geschaffen wurde, heute so großen Verlästernungen ausgesetzt sein würde von Seiten derer, die Grund und Ursache hätten, mit voller Initiative mit uns zu arbeiten, anstatt gegen uns. Haben die einfachen praktischen Arbeiter Lust, Franz Bieber, Sisternich, Schijfje usw., die sich damals an die Spitze der Bewegung stellten, etwa die Absicht gehabt, in den Herzen der christlichen Arbeiter die Achtung vor der Autorität der Kirche zu zerstören, oder haben sie nicht vielleicht die Absicht gehabt, die christlichen Arbeiter vor den drohenden religiösen Versumpfung, dem drohenden Abfall vom Glauben zu bewahren? Nur aus Gründen wirtschaftlicher Natur hatten wir nicht nötig, eine neue Organisation zu gründen. Aus rein idealen Gründen schufen wir eine neue Organisation, in der Erfahrung, daß die Sozialdemokratie die Trägerin des modernen Unglaubens ist, daß, wo sie den Fuß hinsetzt, die christliche Kultur stirbt. 15 Jahre lang haben wir gearbeitet, mühsam jeden Tag breit Terrain uns erkämpfen müssen, hindernsärende christliche Arbeiter haben mit ihrem Herzblut an der christlichen Gewerkschaftsidee gehangen — will man diesen Männern unterstellen, daß sie auch den Gedanken im Herzen gehabt hätten, etwas Unchristliches zu tun, irgend etwas zu tun, was geeignet wäre, dem Christentum und speziell der katholischen Kirche Abbruch zu tun? Wer das tut, der verlässt uns. 15 Jahre lang haben hervorragende Theologen, Kirchenfürsten, katholische Geistliche in großer Zahl für unsere Bewegung und mit uns gekämpft. Soll das alles ein Irrtum und Wahnsinn gewesen sein? Nein, meine Herren, das haben die heutigen Verhandlungen gezeigt, das hat das klare Referat von Stegerwald ausdrücklich dargetan.

Wer unsere Bewegung kennt, wird mir beipflichten, wenn ich behaupte, daß die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen keinen so gefährlichen Gegner gehabt hat, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Wer diese Arbeiterbewegung schägt, fördert indirekt die Sozialdemokratie und damit den Umsturz und den Unglauben. Wir haben Grund, so zu reden, denn wir haben Arbeit hinter uns. Wir haben nicht uns in den Tempel hingelegt und gesagt: Herr Gott, ich danke Dir, daß ich nicht bin, wie die anderen. Aber wir sind hinausgegangen zu den Armen und Elenden, zu denen, die bereits zweitklassen an Gottes Güte und Gerechtigkeit, und haben wieder die Hoffnung in ihr Herz hingezogen. Die Hoffnung, die wir heute ausgesetzt sind, ist möglich, den unerträglichen Druck, unter dem sie leiden, von ihnen abzuwälzen. Und ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir dreimal vor unserem Richter erscheinen müssen und dann auf diese unsere Tätigkeit hinweisen können, wir ein gnädiges Urteil finden werden trotz aller Verlästerung und Verleumdung, der wir heute ausgesetzt sind.

Verschweigen kann ich nicht, daß ein Gefühl der Bitterkeit unsre Herzen erfaßt hat, nach dem, was zuletzt vorgegangen ist. Unser Kongress ist ja sehr ruhig verlaufen, wir wissen uns zu mäßigen; aber den Leuten, die an unseren Ausführungen Kritik üben wollen, empfehlen wir, sich einmal nach der Stimmenzählung unserer Mitglieder in den Werkstätten und Fabriken zu erkundigen, jener, die da den Spott und Schaden unserer Gegner zu ertragen haben. Die Rücksicht auf diese Mitglieder gebietet uns, von diesem Kongress einen Aufruf hinauszuschicken, in dem das Resultat der Verhandlung mitgeteilt und die Mitglieder gebeten werden, auf Grund desselben die Bitterkeit und den

Mischnut aus dem Herzen zu verbannen und mit frischem Mut erneut an die Werbearbeit zu gehen.

Nedner schloß dann mit dem Wunsche, daß die Bewegung immer solche Führer haben möge, die auch in so schwieriger Situation wie heute die Disziplin zu wahren wünschten, und immer eine Mitgliedschaft, die diesen Führern auch in solchen schweren Zeiten Vertrauen entgegenbringe. Nach diesen Tagen kommen ganz gewiß auch wieder bessere. Durch Kampf zum Sieg! sei unsere Parole.

Wie sehr Kollege Giesberts in seinem Schlusshoer jedem christlich-nationalen Gewerkschaftler aus dem Herzen geprägt hatte, das bewies der spontane Beifall, womit jeder Tag seiner Ausführungen von den Kongreßteilnehmern unterstrichen wurde.

Auf Vorschlag des Kollegen Behrens wurde sowohl bei Giesberts dem wesentlichen Inhalte nach mitgeteilte Ausführungen an die christlich-nationalen Arbeiterschaft, als auch die von uns bereits in der vorigen Nummer veröffentlichte Resolution einstimmig gutgeheissen und angenommen. Kollege Behrens erinnerte dann an den Gewerkschaftskongress in Dresden, der ein Marxist in der christlichen Arbeiterbewegung gewesen sei. Der Essener Kongress sollte diesen Marxisten hochstellen, so daß er weit in die Landschaften eindringen könnte. Siebner hob dann bezüglich der Tätigkeit der christlich-nationalen Gewerkschaften besonders hervor, da sie Tausenden das Vertrauen zu Kaiser und Reich, zum deutschen Volke wiedergebunden hätten, das sollte auch in Zukunft eine ihrer Aufgaben sein. Wir wollen die Umschreitungen, gute Deutsche, national gesinnte Deutsche und gute Vertreter des Arbeitersstandes zu sein.

Das Ergebnis des Kongresses fasste er dann dahin zusammen:

Wir bleiben, was wir waren und was wir sind: eine unabhängige, nationale, wirtschaftliche und soziale Standesorganisation der christlich-nationalen Arbeiterschaft, eine interkonfessionelle, christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, in der katholische und evangelische Arbeiter unter Achtung ihrer gegenseitigen religiösen Überzeugung gemeinsame soziale und wirtschaftliche Arbeiten leisten wollen. Wir sind entschlossen, an unseren Grundsätzen nichts zu ändern. Wir evangelischen und katholischen Arbeiter trennen uns nicht, sondern verleben uns gegenseitig, wie bisher, so auch in Zukunft!

Zum Schlusse gab der Siebner der Hoffnung Ausdruck, daß das auf dem Kongresse gesprochene ehrliche deutsche Wort der deutschen Arbeiterschaft verstanden und beachtet werden möge und brachte ein Hoch aus auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, das mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Die Versammlungen sangen dann zum Schlusse stehend: „Deutschland, Deutschland über alles.“

* * *

Das Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu Essen ist erschienen. Dieser Kongress hat durch seine Vorgeichichte wie durch seine Tagesordnung die Offenheitlichkeit in hervorragendem Maße beschäftigt. Das jetzt vorliegende Protokoll enthält den genauen stenographischen Wortlaut der auf der Essener Tagung gehaltenen Reden: a) Das Referat von Generalsekretär Stegerwald über: Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika; b) die Diskussion zu diesen Vortrag und den gefassten Beschlüssen.

Für die grundsätzliche Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wie als wertvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt wird das Protokoll von bleibendem Wert sein.

Der Preis ist für Nichtmitglieder auf 30 Pf. festgesetzt. Durch die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes können die Mitglieder das Protokoll zu dem billigen Preise von 10 Pf. beziehen. Unsere Ortsverwaltungen mögen jetzt umgehend für die weiteste Verbreitung der Schrift Sorge tragen. Das Protokoll soll nicht allein in Mitgliederkreisen, sondern weit darüber hinaus plausibel vertrieben werden; ist es doch geeignet, daß Misstrauen, das unsere zahlreichen Gegner geflüstert in der Arbeiterschaft und allen übrigen Bevölkerungskreisen gegen uns geschrägt, aus dem Wege zu räumen. Darum, Kollegen, an die Arbeit! Schaffen wir uns freie Bahn für eine umfassende, plausiblere, ausdauernde und erfolgreiche Werbearbeit!

Ein neuer Vorstoß zum Arbeiterschutz in der Großseisenindustrie.

Unsere Dorlmunder Generalversammlung hat bestimmt in sehr deutlicher Weise die Meinung des christlichen Metallarbeiterverbandes über die Arbeits-Verhältnisse in der schweren Industrie zusammengefaßt. In einer Resolution wurden die dringendsten Wünsche der Arbeiter niedergelegt, ohne das Ziel — die achtstündige Arbeitszeit — aufzugeben.

Die internationale Vereinigung für geschlechtliche Arbeiterschutz hat auf ihrer diesjährigen Generalversammlung in Zürich ebenfalls erneut Stellung genommen zur Arbeitszeit etc. in der Großseisenindustrie.

Um die regierenden Körperschaften zur Revision der Bundesratsverordnung, den Betrieb der Anlagen der Großseisenindustrie betreffend zu veranlassen, ist dem Bundesrat und Reichstag eine Petition unterbreitet worden. Die Petition, deren Wortlaut unten wiedergegeben wird, enthält im wesentlichen die Forderungen, die unsere Dorlmunder Generalversammlung als unbedingt notwendig bezeichnet. — Eingereicht wurde die Petition von der Gesellschaft für Soziale Reform, dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter (H.-D.).

Hoffentlich wird der Bundesrat den in der Petition gewünschten Änderungen stattgeben, damit die Arbeiter der schweren Industrie endlich zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen kommen. Die Arbeitskollegen aus der Großseisenindustrie sollten sich aber auch aufraffen um durch die Selbsthilfe, durch die gewerkschaftliche Organi-

sation, daß zu erlangen, was ihnen die Gesetzgebung nicht bringen will, und nicht bringen kann. Bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohns- und Arbeitsbedingungen erringen nur die Berufsschichten, die sich organisieren.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großseisenindustrie, hat sich als ungünstig erwiesen. Die ergebnist Unterzeichneten sehen sich deshalb veranlaßt, den Bundesrat und den Reichstag zu bitten, die genannte Verordnung dahin zu erweitern, daß den Arbeitern in der Großindustrie:

1. innerhalb des vierundzwanzigstündigen Arbeitstags eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden gesichert wird,
2. die während einer Arbeitsschicht in einer Gesamtduer von zwei Stunden vorgesehenen Pausen so geregelt werden, daß eine Pause von einer Stunde in die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr, die übrigen zu je einer halben Stunde zwischen 8 und 9 Uhr und 3.30 bis 4.30 Uhr fallend festgelegt werden,
3. die Anrechnung einzelner natürlicher Arbeitsunterbrechungen auf die Gesamtdauer der Pausen in Wegfall kommt,
4. eine Bestimmung in die Verordnung aufgenommen wird, wonach die Höchstgrenze der in Ausnahmefällen zulässigen Überarbeit 6 Stunden nicht überschreiten darf,
5. Maßnahmen von den Bestimmungen nur in dringenden Fällen unter sofortiger Bekanntgabe an die Gewerbeaufsicht gewährt werden,
6. den Gewerbeaufsichtsbeamten zwecks wirklicher Durchführung der Verordnung Hilfskräfte aus dem Arbeiterslande beigegeben werden.

Begründung.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, daß die Verhältnisse der Arbeiterschaft in der Großseisenindustrie einer gründlichen Regelung bedürfen, daß insbesondere der gesetzliche Achtstundentag nicht zu entbehren und durchführbar ist. Auf den gleichen Standpunkt hat sich die Internationale Vereinigung für geschlechtliche Arbeiterschutz gestellt, insbesondere auf Grund der Berichte des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.-D. an diese Vereinigung; sie hat einstimmig am 12. September 1912 auf ihrer 7. Generalversammlung beschlossen, das Büro der Internationalen Vereinigung möge an den Schweizerischen Bundesrat die Bitte richten, baldmöglichst Schritte zu einer internationalen Einführung des Achtstundentages in der Großseisenindustrie zu tun.

Unbefriedigt dieser Forderung verlaugen wir zunächst eine Einschränkung der überlangen Arbeitszeit durch Anordnung einer täglichen Mindestruhezeit von 10 Stunden und 2 Stunden Pausen in jeder Arbeitsschicht. Diese Wünsche halten sich grundsätzlich auf dem Boden der Bundesratsverordnung von 1908, nur gehen sie weiter.

Statt der achtstündigen Ruhezeit wird eine zehnstündige verlangt; außerdem soll die bisher vielfach übliche Anrechnung auch der kleinsten Arbeitsunterbrechung auf die Pausen nicht mehr gestaltet sein.

Ferner wird gewünscht, daß nach einer Arbeitsschicht nicht mehr als zwei Überstunden geleistet werden dürfen; die Höchstzahl der wöchentlichen Überarbeit soll nicht mehr als sechs Stunden betragen. Die Ermittelungen der Gewerbeaufsicht haben erneut die Bestätigung für die gewaltige Ausdehnung der Überarbeit erbracht.

Auch ist es unvorbildig, daß alle Gefüche um Dispensierung von den Bestimmungen der Verordnung — auch bei Notfällen — vorher den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Einschränkung vorgelegt werden.

Bei der Bielsteiglichkeit ihrer Tätigkeit und bei der Arbeitsüberlastung ist es den Gewerbeaufsichtsbeamten vielfach nicht möglich, der Überwachung und Durchführung der Bundesratsverordnung die erforderliche Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist deshalb notwendig, den Gewerbeaufsichtsbeamten sachkundige Hilfskräfte aus dem Arbeiterslande zur Seite zu stellen. Im Bergbau ist in dieser Beziehung mit den Sicherheitsmännern ein Anfang gemacht worden. Was aber im Bergbau möglich ist, ist auch in der Großseisenindustrie durchführbar.

Die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 hat ihr Ziel nicht erreicht. Das ist auch im Reichstage wiederholt betont worden, in Anträgen und Resolutionen ist mehrfach die Revision der berechneten Verordnung verlangt worden. Wir bitten den Bundesrat, diese Anträge stattzugeben, und den Reichstag um Fortsetzung seiner Bemühungen in dieser Sache.

Es kommen etwa 700 Betriebe mit einer Viertelmillion Arbeiter in Betracht. Die Arbeit in der Großseisenindustrie ist schwer und aufreibend. Die Gewerarbeiter müssen bei außerordentlich hohen Temperaturen arbeiten. Wie der Gewerbeaufsichtsbeamte für Lothringen in seinem Bericht für 1910 mit Recht betont, müssen beispielweise „Walzwerkarbeiter“ des Temperaturwechsels wegen einer gesunden Körperfunktion und großer Kräfte haben. Schon in dem Erlass des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 19. Januar 1909, betreffend die Ausführung der Bundesratsverordnung, wurde betont, daß bei den schweren Arbeiten, um die es sich hier handelt, Ruhezeiten und Pausen erforderlich seien, und daß für ihre Einhaltung durch eine zwingende Vorschrift gesorgt werden müsse.

Die Bundesratsverordnung schützt die Arbeiter nicht vor überlanger Arbeitszeit. Wenn ihnen nur vor Beginn der Schicht eine achtstündige Ruhezeit zugesanden würde, dann können sie sogar nachher 18 und mehr Stunden weiter beschäftigt werden. Nach wie vor besteht für viele Arbeiter und Arbeitergruppen eine übermäßig lange Arbeitszeit. Nur kleinere Betriebe haben die Achtstundenschicht, und auch da werden verschiedentlich Versuche gemacht, die Zwölfstundenschicht einzuführen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Osnabrück weiß dies von einem Hochofenwerk zu melden; er schreibt: „Die Einführung der zwölfstündigen Schicht anstelle der achtstündigen ist auf den dringenden Wunsch der Arbeiter unterblieben.“

Zu der allgemein üblichen Arbeitszeit von zwölf Stunden kommen aber noch für sehr viele Arbeiter zahlreiche Überstunden hinzu. In der Schrift „Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großseisenindustrie“ von Franz Wieber, Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiterverbandes, wird auf Grund der Gewerbeaufsichtsberichte festgestellt, daß 1910 von den 217 398 Arbeitern der schweren Industrie in Preußen und Lothringen 92 673 regelmäßig Überarbeit zu leisten gezwungen waren. Die Zahl der insgesamt geleisteten Überstunden betrug nach den amtlichen Angaben 20 023 865, eine

ungeheure Leistung, die in Wirklichkeit noch viel größere sein dürfte, weil viele Überstunden nicht in die Verzeichnisse eingetragen werden. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, z. B. des Beamten für Neusberg, 1910 und 1911 geben dafür Anhaltspunkte.

Im Jahre 1911 sind die betreffenden Zahlen sogar noch gestiegen. Wie die Berichte der Gewerbeaufsicht ergeben, haben in Preußen und Lothringen von den 226 638 Arbeitern, die der Gewerbeaufsicht unterstanden, 103 372 insgesamt 22 418 624 Überstunden geleistet müssen. Von den gesamten Überarbeitsstunden haben 82 4971 vor ca. 13 v. M. über 7 Stunden in Aussicht genommen. Eine Beschränkung der zulässigen Höchstzahl der wöchentlich zu leistenden Überstunden ist daher unbedingt erforderlich; sie soll im Höchstfalle sechs Stunden in der Woche nicht überschreiten.

Die Vorschläge über die Pausen werden nicht genügend beachtet. Nach dem Ergebnis einer Umfrage des Gewerbevereins der deutschen Maschinen- und Metallarbeiter im Monat April 1911 hatten von 86 Betrieben bezw. Betriebsabteilungen nur neun die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen, während dieses bei 77 nicht der Fall war. Bei 11 Betrieben bezw. Betriebsabteilungen wurden überhaupt keine Pausen ermittelt, bei 31 schwanken sie zwischen 15 und 60 Minuten. Manche Behörden haben unberechtigterweise die Anrechnung auch der kleinsten Pausen gestattet. Daß diese ununterbrochene Arbeit in heißen und staubigen Räumen gesundheitsgefährlich und schädlich, daran ist in dem vorhin angezogenen Erlass des Königl. preußischen Ministers für Handel und Gewerbe schon hingewiesen worden. Sie fördert aber überdies auch noch die Zahl der Unfälle. Bei den Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgegenossenschaften kamen im Jahre 1910 nicht weniger als 20 483 Unfälle zur Kenntnis, bei 177 836 Versicherten. Das sind 17,1 auf 1000 versicherte Personen. Seit Jahren hält sich die Zahl der gemeldeten Unfälle in dieser Höhe. Keine andere Berufsgegenossenschaft hat in ihrem Bereich eine so ungeheure Zahl von Unfällen zu verzeichnen wie diese, bei der als Hauptbetriebe Hochöfen, Eisen- und Stahlwerke versichert sind, gleichwie bei der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft, die mit 115,4 Unfallmeldungen pro Tausend versicherter Personen an dritter Stelle steht. Nur die Knappschäftsberufsgegenossenschaft steht dazwischen, sie hatte 1910 auf tausend Versicherte 135,2 Unfallmeldungen. Dann folgten die Südwestdeutsche Eisen-Berufsgegenossenschaft, die schlesische Eisen- und Stahl-Berufsgegenossenschaft mit 94,9. Die Nordostdeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgegenossenschaft mit 63,9 Unfallmeldungen auf tausend versicherte Personen. Die übergroßen Anzahlungs- und Unfallziffern können nicht mit dem Hinweis auf Selbstverschulden der Arbeiter gentilisiert oder abgetan werden.

Die Art und die Gefährlichkeit der in Frage kommenden Betriebe, die Überanstrengung infolge ungenügender Ruhe und überlanger Arbeitszeit sind die eigentliche Ursache der äußerst betrüblichen Erscheinung.

Die Unterzeichneten können deshalb wohl erwarten, daß ihre Witten erfüllt und den Arbeitern der Großseisenindustrie ein entsprechender Schutz gewährt werde, der im Grunde auch der Industrie zugute kommt wird.

Gesellschaft für Soziale Reform.

Staatsminister Dr. Frhr. v. Verlepsch, Vorsitzender.

Professor Dr. C. Francke, Generalsekretär.

Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands.

Franz Wieber, Verbandsvorsitzender.

Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.-D.

Gust. Hartmann, Generalsekretär.

seit einzelner Knappschäftsvereine erstattet werden. Ich werde darauf hinwirken, daß die Abgabe dieser Gutachten zunächst beschleunigt wird; allein die Versicherungstechniker kann ich natürlich nicht direkt zwingen und an eine bestimmte Frist binden. Wenn diese Gutachten eingetroffen sind, wird aber noch weiter die Geschiebung in Bewegung gesetzt werden müssen, da eine Abänderung des Vergesetzes im sogenannten Knappschäftsstatut erforderlich wird, der diesen Gegenstand behandelt. Dennoch muß ich zu meinem Bedauern bemerken, daß eine sehr rasche Erledigung der Sache nicht in Aussicht genommen werden kann. Meines Erachtens wird sie günstigst erst für den zweiten Teil der nächsten Session in Aussicht genommen werden können.

Abschiedsrede des Berichterstatters: M. H. Bei Kap. 4 § 1 wurde die Lohnfrage der Arbeiter im Ausschüsse ausgeschieden und mit den entsprechenden Anträgen zur Behandlung des Finanzausschusses überwiesen. Im Finanzausschuss hat die R. Staatsregierung, und zwar in Verfolg der Anregungen, die aus dem Hause selbst gegeben wurden, einen Antrag eingebracht, der die Lohn erhöhung der Arbeiter bezieht.

Der Antrag der Staatsregierung lautet:

„Es sei zum Zweck der Gewährung einer durchschnittlichen Lohnverbesserung von täglich je 20 Pf. an die bei den staatlichen Berg-, Hüttten- und Salzwerken beschäftigten Arbeiter in den Etat der Bergwerksaufklasse unter dem zu eröffnenden Titel „Kap. 4 § 1 Betriebslöhne“ die Summe von jährlich 92.330 Mark einzuzellen und das Einkommensabkommen zu erklären, daß die durch diese Verbesserung veranlaßte Mehrausgabe bei den einzelnen Werken nachzuweisen wird.“

Der Finanzausschuss stimmte bei Beratung der Arbeiterschaft diesem Antrag der Staatsregierung einstimmig zu. Ich muß das hohe Haus bitten, auch hier den Antrag der Staatsregierung anzunehmen.

Wir hätten ja gewünscht, daß, wenn möglich, auch diese Arbeiterschaftsverbesserung zu einem früheren Termin eingetreten wäre. Die Staatsregierung erklärte aber, es sei ausichtsweise der Finanzlage unmöglich, vor dem 1. Januar 1913 diese Lohn erhöhung eintreten zu lassen.

Was nun die Hüttenerwerke betrifft, so steht zunächst eine Petition vor, die von dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands ausgeht.

Diese Petition ist ganz ähnlich aufgebaut wie die Petition bezüglich der Bergarbeiter. Sie bespricht auch die Lohnverhältnisse im allgemeinen und wünscht, daß die Zusagen statt alle fünf Jahre alle drei Jahre einzutreten und daß der Höchstlohn des Lohnes in einem früheren Zeitraum erreicht werde. Sie führt Lage über die ungleiche Behandlung der Arbeiterschaft hinsichtlich der Lohnsätze.

Sie führt im einzelnen nach den einzelnen Werken an, wie die Lohnsätze differenziert seien. Dann wird Beschwerde über die einseitige Verteilung der Akkordarbeiten geführt. Auch sie weist darauf hin, daß die Lohnverhältnisse unter den heute gegebenen Verhältnissen nicht mehrzureichend seien, und bringt eine ähnliche Preisstaffel wie die zu der Petition der Bergarbeiter. Weiter wird im einzelnen gefordert:

1. Die Stunden- beziehungsweise Taglöhne der Petenten sollten hinter den Löhnen gleichartiger Privaterwerke nicht zurückstehen und auf keinen Fall niedriger sein, als die behördlich festgelegten ortsüblichen Taglöhne.

2. Die Anfangslöhne der Grundlöhne sei auf 3 Mark für ungeladene und 3 Mark nebst 20 bis 25 Prozent Zuflügel für gelernte Arbeiter festzusetzen mit dreijährigen Steigerungsfristen um je 20 Pfennig.

3. Sicherung des einmal erreichten Lohnes, gleichmäßige Erhöhung gleichartiger Berufs- beziehungsweise Altersgruppen innerhalb der einzelnen Werke.

4. Die Akkordlöhne seien so zu festzulegen, daß die Arbeiterschaft durchschnittlich 25 bis 30 Prozent über den Grundlohn hinaus verdiente; keinesfalls dürfe der Akkordverdienst hinter dem Grundlohn zurückbleiben. Das gegenseitige Aufrechnen schlechter und guter Akkorde solle für unzulässig erklärt werden. Dann bei Fehlzug, Unfertigung von Modellen und bei sonst unverschuldet eingetretenen Verzäumnissen sollte mindestens der Grundlohn gewährt werden.

5. Eine Erhöhung der Löhne um 30 Pf. pro Tag für die gesamte Arbeiterschaft sei durchaus zu fordern.

Dann wird auch die Arbeitszeit im einzelnen behandelt und eine Arbeitszeit von neun Stunden, und beim Hochöfen eine andere Schichtenteilung gefordert, so daß die Arbeiter je acht Stunden zu arbeiten hätten.

Die Urlaubsverhältnisse der Arbeiter, die Frage der Arbeitserholungen und die Besitzungen werden genau so wie in der Petition der Bergarbeiter behandelt. Auch zu dieser Petition wurde seitens des Ausschusses eingehend Stellung genommen.

Die Regierung nahm dieser Petition gegenüber dieselbe Stellung ein wie gegenüber der der Bergarbeiter. Schließlich wurde auch diese Petition der Staatsregierung zur Würdigung hinübergegeben.

* * *

Der Landtag trat durch Beschluss den Anträgen des Berichterstatters bei. Er hätte nun sein Votum bis zu nächster Periode abgegeben. Inzwischen liegt es nun bei den Kollegen, die Notwendigkeit der organisierten Interessenvertretung jedem noch fernstehenden Berufskollegen begreiflich zu machen. Dann wird die Arbeiterschaft in der Lage sein, auch in den einzelnen Werken ihr Votum in gerechter Weise zur Geltung zu bringen.

Der Arbeitsmarkt im Oktober.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat eine nennenswerte Aenderung nicht erlitten. Besonders die Metallindustrie zeigt einen günstigen Stand auf. In einzelnen Zweigen herrscht ja keine Nachfrage, das sie nicht berücksichtigt werden kann — doch nicht überall trifft das zu; aus Berlin z. B. wird gemeldet, daß die Beschäftigung in der Maschinenindustrie zu wünschen übrig liege; die Elektroindustrie sind dagegen überall gut beschäftigt. Auch der Arbeitsmarkt zeigt im Oktober eine wesentliche Aenderung gegen den September nicht an. Die Lage der Schmiede ebenso wie die der Schlosser und Blechner hat sich zum Teil nicht unerträglich verschlechtert und zwar sowohl gegen den November als auch gegen den Oktober des Vorjahres. Entschieden gebessert hat sich aber der Arbeitsmarkt der Maschinenbau, Werkzeugmacher, Mechaniker, Monture und Schlosser. Im ganzen ergibt sich für unsere Industrie, d. i. die der Metallverarbeitung und der Maschinen, Instrumenten und Apparate folgendes Bild: Auf

100 offene Stellen kamen im Oktober d. J. 180 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 176 im November und 187 im Oktober 1911. Gegen den November haben wir also eine kleine Verblechung, gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs aber eine Verbesserung. Nicht diese immerhin zufriedenstellende Entwicklung weist der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte auf. Auf 100 offene Stellen kamen im September 120 Arbeitsgesuche, im Oktober des vorigen Jahres 153 und im Oktober dieses Jahres 132. Während wir also eine bedeutende Verbesserung gegen das Vorjahr haben, bleibt in diesem Jahre der Stand ein ungünstiger.

Das der Arbeitsmarkt im Oktober sich von dem im September nicht wesentlich unterscheidet, zeigen folgende Zahlen: Bei den 729 Arbeitsnachweisen, die an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben, sind insgesamt aus unserer Industrie 87 143 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 48 660 offene Stellen und 43 109 Vermittlungen gegenüberstehen. Im September betrug die Zahl der Arbeitsgesuche 86 687, die der offenen Stellen 49 108 und die der Vermittlungen 43 365. Das die Lage in der Maschinenindustrie teilweise nicht besonders günstig ist, geht aus dem Umstand hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen im Oktober meist größer war als in den beiden Vergleichsmonaten. In unserem Verband waren von 100 Mitgliedern 0,8 arbeitslos gegen 0,4 im Oktober 1911 und 0,9 im September d. J.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit zeigte kein besonders günstiges Gepräge — dies darf aber schon wegen der vorgebrachten Jahreszeit nicht besonders beurteilt werden. Wenn auch aus einzelnen Städten befriedigende Nachrichten über das Baumarkt eintreten, so ist das doch — eine Folge des Winters — zurückgegangen. Das ist sowohl aus dem starken Angebot von Arbeitskräften wie aus der bedeutenden Arbeitslosenziffer der Bauhandwerker zu erschließen. Auf dem Lebemannmarkt, der ja schon lange durch die erhöhte Nachfrage ein abnormes Aussehen hat, ist das Arbeitsangebot ebenfalls nicht unbeträchtlich geiliegen. Selbstverständlich beeinflussen derartige Entwicklungen den gesamten Arbeitsmarkt ungünstig. Auf 100 offene Stellen kamen im Oktober 148 Arbeitsgesuche männlicher Personen gegen 141 im November und 152 im Oktober 1911. Die Verblechung gegen den September ist also sehr erheblich, während der Stand mit dem Oktober 1911 verglichen innerer noch günstiger ist. Ein Sturz ist auf dem Markt für weibliche Arbeitskräfte eingetreten. Während im September aus 100 offenen Stellen 92 Arbeitsgesuche kamen, waren es im Oktober 106 und in demselben Monat des Vorjahrs 114. Im Oktober (September) sind bei 729 (740) Arbeitsnachweisen von männlichen Personen insgesamt 418 000 391 000 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 288 000 (277 000) offene Stellen gegenüberstehen. Die Vermehrung der Nachfrage steht in keinem Verhältnis zu der genialigen Zunahme des Arbeitsangebotes. Von weiblichen Personen lagen insgesamt 93 000 (86 000) Gesuche ein, denen 88 000 (94 000) offene und 59 000 (57 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Die Entwicklung kennzeichnet sich hier durch eine Vermehrung des Angebots von Arbeitskräften, der ein starker Rückgang der Nachfrage gegenüber steht.

Aus der Arbeiterbewegung.

Den Schwarzelehen und Zogenden im evangelischen Lager

ruft Herr Eigentiat Mumml in seiner letzten Monatskorrespondenz unter Hinweis auf den Beschluß des Essener christlichen Gewerkschaftskongresses zu:

„Die Tatsache besteht, daß die christlichen Gewerkschaften, ohne daß ihre katholischen Mitglieder dabei von den Bischoßen gehemmt werden, ihren alten Weg weiter gehen, und ihre Verleserung den Katholiken verboten ist. Nun gilt es, mit ganzer Kraft darauf hinzuwirken, daß die Zahl der evangelischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften schnell das erste Hunderttausend voll macht und bald dem zweiten Hunderttausend sich nähert. Je stärker die Zahl der Evangelischen im Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, je aussichtsloser werden die jetzt gescheiterten Versuche, den Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit zu nehmen. Es bleibt bei dem Essener Wort von Stegerwald:

„Unsere Gewerkschaftsberiegung beansprucht rücksichtslos genau dieselbe Achtung und Bewegungsfreiheit, wie sämtliche gleichartige Organisationen der übrigen Stände. Das ist unser unbeweglicher Standpunkt.“

Die Bahn ist frei! Möchten unsere Freunde in allen Gauen unserer Erde darauf hinwirken, daß die Zahl der evangelischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften sich mehrere und dergestalt der Sozialdemokratie ein mächtiger Damm entgegenstellen werde.“

Das sind Worte eines vorurteilslosen Freundes unserer Bewegung, von denen wir nur wünschen können, daß sie im evangelischen Lager weitgehendste Beachtung finden mögen.

Zur Beachtung für die Vorstandsmitglieder und Delegierten der Krankenkassen

Insbesondere der westfälischen Krankenkassen.

Bekanntlich hat sich in den letzten Monaten gegenüber dem „Hauptverband der Deutschen Krankenkassen“, der von dem sozialdemokratischen Abgeordneten F. Fräsborsdorf Dresden geleitet und von sozialdemokratischem Geiste beherrscht wird, ein neuer Krankenkassenverband konstituiert. Dieser neue „Gesamtverband der deutschen Krankenkassen E. V.“, der sich bewußt auf nationale Grundlage stellt und der deshalb auch vom Auschluß des deutschen nationalen Arbeiterkongresses sowie von den christlichen und jüdischen Gewerkschaften, dem Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverband und den konfessionellen Arbeitervereinen lebhaft gefördert wird, ist den sozialdemokratischen Führern des sogenannten „Hauptverbandes“ und den führenden „Genossen“ in den einzelnen Provinzial- und Landesverbänden ein Dorn im Auge. Diese Provinzial- und Landesverbände sind dem sozialdemokratischen „Hauptverband“ angehört und entziehen unter der Führung sozialdemokratischer Kassenvorständen und Rentkontrollen eine lebhafte Werbetätigkeit unter scheinbar ganz neutralem Rahmen. Sie tun dieses zunächst, um auch die nationalen und christlichen Kassenvorstände für ihren Verband zu gewinnen. Diese sollen dann später bei den radikalen Beschlüssen, die immer im Einzelfall mit der sozialdemokratischen Parteimeinung stehen, noch das bürgerliche Mantelchen abgeben. Der Vorsteher des sozialdemokratischen Hauptverbandes, der schwäbische Sozialdemokrat Abgeordnete F. Fräsborsdorf verkündete laut in seinem Verbandsorgan, die „Deutsche Krankenkassen- Zeitung“, daß nunmehr sozialdemokratische

seits durch Aufrufe und Bezirkssammlungen alles getan werden sollte, um die ihm noch fehlenden Krankenkassen, recht schnell, ehe der neue nationale Gesamtverband sich entwidelt, in die einzelnen sozialdemokratischen Provinzial- oder Bezirkssverbände hinein zu bekommen.

An die nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Krankenkassen ergeht daher erneut der Ruf: Schließt eure Krankenkassen nicht den Provinzial- und Bezirkssverbänden an, die unter scheinbar neutralem Rahmen an Euch herantreten, sie werden heute alle mehr oder minder von sozialdemokratischem Geiste beherrscht, die Sozialdemokraten haben sich in ihnen festgesetzt. Daran ändert auch nichts, daß hier und da einzelne bürgerliche Vertreter mitmischen. Auf Westfalen haben es die Sozialdemokraten in den letzten Tagen vor allem abgesehen sehen. Mit aller Gewalt wollen sie die westfälischen Krankenkassen an einem „Verband westfälischer Ortskrankenkassen E. V.“ zusammenführen, um auch hier im fernöstlichen Westfalenlande die Macht über die Krankenkassenverhältnisse zu bekommen. Für Sonntag, den 8. Dezember, hat die von den Sozialdemokraten beherrschte Dortmunder Ortskrankenkasse zu einer Zusammenkunft von Delegierten aller westfälischen Ortskrankenkassen nach Dortmund eingeladen, um den „roten westfälischen Provinzialverband“ zu gründen.

An alle westfälischen Krankenkassen, die von nationalen oder christlich gesinnten Vertretern besetzt sind, sei hiermit das dringende Eruchen gerichtet, sich nicht beirren zu lassen. Für alle nicht sozialdemokratisch geleiteten Kassen und Kassenverbände kommt nur der auf nationaler Grundlage stehende „Gesamtverband deutscher Krankenkassen E. V.“. Geschäftsstelle F. S. I. in Eintrachtstraße 147 in Bremen. Anmeldungen wolle man baldigst dorthin richten. Dieser Verband gibt den Mitgliedern Rat und Auskunft in allen Krankenfallangelegenheiten und vertreibt die Krankenkassen auf Grund des Paragraphen 414 der R.-V.-D. nach jeder Richtung hin.

Wieder eine Probe zukünftiger „Verwaltungskunst“.

Wer es immer noch nicht saiert, daß die Sozialdemokraten die Welt besser zu regieren verstehen, wie die „verrotete bürgerliche Gesellschaft“, der gehe nach Solingen und überzeuge sich an Ort und Stelle. Bei der dortigen Ortskrankenkasse, die mit circa 300 000 Mark Jahresumsatz arbeitet, hat die Genossenschaft unglaubliche Triumphe gefeiert. Solingen ist eine sozialdemokratische Hochburg, wo selbstverständlich auch die Mehrheit des Ortsrates aus Sozialdemokraten zusammengestellt ist. Schon öfter war hier und da etwas von Unregelmäßigkeiten in der Kassenverwaltung durchgesickert, bis nunmehr das Verhängnis über die bisherige Leitung der Kasse hereingebrochen ist.

Es sind bis jetzt Unterschläge in dem Betrage von über 100 000 Mark festgestellt worden. An den Unterschlägen sind beteiligt der Rendant und erste Krankenkassenvertreter, der sozialdemokratische Stadtverordnete Knob, der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Albers und der sozialdemokratische Agitator Siemers. Albers wird jetzt auch von seinen eigenen Genossen beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverbandes straffbare Unrechtsdelikte in zum Nachteil des Verbandes begangen zu haben. Er wurde entlassen und ist seitdem verschwunden. Der Rendant Reinhardt hat zugegeben, 60 000 Mark unterschlagen zu haben. Der Vorstand trieb mit den Geldern der Kasse ein schwunghaftes Geldverleihschäft, bei dem nur keine Zinsen gezahlt und keine Rückzahlungen geleistet wurden. Der Vorsteher Siemers ließ sich mehrere Tausend Mark aus der Kasse zahlen, ebenso der zweite Vorsteher Giesmann; letzterer verlor auch Gelbschrank und Möbel, die der Kasse gehörten, und verwandte das Geld für sich. Erlich rief auch Geld auf gefälschte Quittungen geben. Das Vorstandsmitglied Bössermann nahm zweimal 20 000 Mark aus der Kasse, von denen er 9000 Mark zurückzahlte. Albers ließ sich mehrere Tausend Mark aus der Kasse geben und verwandte das Geld zu Vergnügungsteilen. Die Vorstandsmitglieder haben wiederholt mit dem Rendanten fahren nach Köln, Düsseldorf und Übersee unternommen und Sitzelage in den dortigen Bars und öffentlichen Häusern veranstaltet. Nicht selten wurden in einer Nacht 200 bis 300 Mark verdeckt. Das Geld dazu wurde aus der Kasse genommen. In anderen Fällen schwiegt die Untersuchung noch. Der Rendant fälschte Quittungen über Invalidenmarken, indem er für 70 Mark einlaufe und daraus 2070 Mark mache.

Die Geamthöhe der Unterschläge ist noch nicht festgestellt. Die Aufsichtsbehörde hat den Vorstand der Kassensetzung seines Amtes entzogen und die Verwaltung der Kasse selbst übernommen. Durch die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen wird der Schleier von dieser Stichprobe sozialdemokratischer Verwaltungskunst noch weiter gelüftet werden.

Zum Begriff Streik- und Sperrebruch.

Über einen Betrieb der Gummirindanze in Leipzig hatte der sozialdemokratische Drechslerverband die Sperre verhängt. Trotzdem schied der sozialdemokratische Verband der Fabrikarbeiter seine Leute in den Betrieb. Warum? In einer Erklärung des Sperrebrecher-Verbandes, die in Nr. 253 der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt ist, heißt es darüber:

„Für die Verwaltung sowie für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes war eine Sperre über Gummirindanze in Leipzig bisher nicht bekannt. Wenn man deshalb ein Verbandsmitglied gegen den Vorwurf, er sei Sperrebrecher, schützt so hat man nach Lage der Sache nur seine Pflicht erfüllt.“

Wenn die Drechsler sich bei ihren Maßregeln über gemeinsam gesetzte Beschlüsse hinwegsetzen zu können glauben, so haben sie auch die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Für heute sei nochmals gesagt, daß eine Sperre über Gummirindanze in Leipzig für Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht besteht, und zwar so lange nicht besteht, bis die Sperre nicht gemeinschaftlich beraten und beschlossen ist!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verbandsstelle Leipzig und Umgegend.“

Für den sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband besteht die Sperre des sozialdemokratischen Brüderverbandes deshalb nicht, weil die Sperre nicht gemeinsam beraten und beschlossen wurde. Das ist ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wenn sich aber die christlichen Gewerkschaftsorganisationen auf denselben Standpunkt stellen, dann werden sie vor

der sozialdemokratischen Presse als „Streikbrecher“ und „Arbeiterverräter“ verächtigt. — Bei den Sozialisten gilt der Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

„Zweimal die Wahrheit umgebogen!“

Diesen Vorwurf erhebt der Hirsch-Dunkersche Führer Eb. Sauer im Regulator Nr. 47 gegen den Verfasser des Berichtes über die öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung in Bautzen, den wir in unserer Nr. 46, Seite 297 zum Abdruck brachten. Dazu schreibt uns der in Frage kommende Kollege folgendes:

Untere Bemerkungen zu dem tendenziösen Bericht des „Regulators“ über die im Anschluß an den Dresdener Kongreß in Bautzen abgehaltene öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung sind einigen Hirsch-Dunkerschen Führern anscheinend recht unangenehm. „Gewerksverein“ und „Regulator“ verbürgen, die von uns festgehaltenen Tatsachen als unrichtig hinzustellen. zunächst sei beatrachtet, daß das von Sauer apostrophierte Mitglied Eb. ... mit dem in unserem Orgau veröffentlichten Bericht nicht das Geringste zu tun hat.

Was dann die Ablenkungsversuche der beiden Hirsch-Dunkerschen Legione selbst anbelangt, so halten wir dem gegenüber unseren Bericht über die Angelegenheit vollständig aufrecht. Es ist doch etwas stark, wenn Sauer im „Regulator“ schreibt, Herr Pastor Uhngard habe bestätigt, daß er (Sauer) niemals die Lizenzen der evangelischen Arbeitervereine verlangt habe. Auch bleibt bestehen, daß das Hirsch-Dunkersche Mitglied Wolff-Zwietan betriebe, den Aufruhr aus der Landeskirche von „seinen Freunden“, und nicht, wie man jetzt die Sache zu drehen versucht, nur von „angeschickten Bürgerfreunden“ gesprochen hat.

Durch die Artikel im „Gewerksverein“ und „Regulator“ wird also an den Tatsachen, wie wir sie in dem Bericht über die Bautzener Versammlung geschildert, nicht das Geringste geändert. Auf alle Fälle werden die christlichen Gewerkschaften in Sachsen mit aller Energie weiter arbeiten, unbekümmert darum, ob es Herrn Eb. Sauer und seinen Freunden gefällt oder nicht.

Rundschau.

Die Lage in den Eisenkonstruktions-Werstätten und Bergwerken und Werkgruben-Anstalten wird in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wie folgt geschildert:

„Die gute Konjunktur auf dem Eisenmarkt ist auch den Werken dieser Branche zugute gekommen. Sie haben eine seit Jahren nicht mehr gefaßte reichliche Beschäftigung gehabt und sind auch gegenwärtig noch für viele Monate hinaus mit Arbeit versehen. Die Werstätten, die sonst im Winter meist ein langer schwarzer Beschäftigung bieten, merken diesmal nichts von der schlechten Jahreszeit. Sie sind voll besetzt wie in den Tagen des Hochsommers, wenn alle Bauten vorbereitet werden. Ein Nachlassen der Bestellungen ist bis jetzt noch nicht zu bemerken gewesen; es ist noch sehr viel Arbeit im Markt, so daß eine Pause nach Erledigung der Winterarbeit nicht zu erwarten ist. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die starke Beschäftigung bis in den Sommer nächsten Jahres hinein andauern würde, wenn nicht politische Konstellationen und ein hoher Baumarkt das geschäftliche Leben überhaupt erbstören. Wie sich die Geschäfte des Ostens gestalten werden und was sich daraus für die Industrie der Metallverarbeitung entwickeln wird, ist natürlich nicht abzusehen. Zumindest erwartet man aber, daß eine ansehnliche Arbeitsmenge nach Abschluß des Friedens sich durch die Ergänzung der zerstörten Bauwerke usw. ergibt, die nicht wenig zur Stützung des Marktes beitragen wird. Die Hochkonjunktur der Arbeit bedeutet leider nicht auch eine entsprechende Entlohnung; die Preise sind nach wie vor recht mäßig geblieben und darin unterscheidet sich die jetzige gute Konjunktur wenig vorteilhaft von der letzten. Freilich hat dieser Umstand auch den Vorteil, daß beim Nachlassen ein fühlbarer Preissturz nicht eintreten kann. Der größte Niederschlag, mit dem die Eisenkonstruktions-Werstätten in diesem Jahre zu kämpfen gehabt haben, war und ist der Mangel an Arbeitskräften und an Material. In bezug auf die Arbeitskräfte hat er nachgelassen wie immer zum Winter, wo das Angebot, wenigstens der ungelehrten Arbeiter, größer wird. In bezug auf das Material besteht er nach wie vor, wenn auch einige Walzwerke gegenwärtig etwas schneller liefern. Die Materialbeschaffung hat bisher häufig ebenso viel Zeit in Anspruch genommen, wie sonst die gesamte Fertigstellung des Bauwerkes. Überschreitungen der Lieferfristen waren die notwendige Folge. Zu den Lieferungs-Schwierigkeiten tritt ferner nicht wenig der schwatische Wagnis mangel bei. Nicht nur, daß die Kohlenversorgung schleppend geworden ist, es scheint auch, als wenn bei der Bahn Mangel an anderen Wagen bestände, und sie auch in dieser Beziehung den Anforderungen der Industrie nicht gewachsen wäre. Es ist ja leider immer so, daß die Eisenbahnverwaltung den Brunnen zudeckt, wenn das Rind hineingefallen ist. In der Hochkonjunktur geht sie mit großem Eifer an Erweiterungen und Erneuerungen ihres rollenden Materials und vermehrt ihre Bautätigkeit, um dem Verkehr nachzukommen. In Zeiten des Darndiebstiegs der Geschäfte ruht sie auch, anstatt hier die günstige Gelegenheit zu benutzen, nicht nur viel billiger einzukaufen, sondern auch die Industrie, der sie so unendlich viel verbaute, zu unterstützen. So ist die Arbeitsmenge im Markt, die von der Eisenbahndirektion und von anderen Behörden herrührt, zur Zeit eine recht große. Ein guter Teil davon könnte ohne Schaden jetzt fortfallen. Die Export-Tätigkeit ist ebenfalls eine sehr gute, mit Ausnahme derjenigen, nach dem Balkan, die jetzt naturgemäß ruht. Die Ausführung der Aufträge für die kleinen Balkanstaaten nimmt, soweit es sich um die Werstätten handelt, naturgemäß ihren unentwegten Fortgang. Die Aufnahme der Montagen wird erst nach Friedensschluß möglich sein, wenn die Arbeitskräfte dort unten wieder frei werden.“

Kriegswirren und Kleineisenindustrie. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hatte eine Notiz veröffentlicht, nach der der Balkankrieg in der belgischen Schloßindustrie eine rückläufige Bewegung ausgelöst habe. Dazu schreibt nun der Belgisch-Deutsche Fabrikantenverein dem Blatt u. a.: „Auf jeden Zweck müssen muß der Artikel den Eindruck machen, als habe unsere Industrie durch die Kriegswirren einen erheblichen Schlag erlitten. Dem ist nicht so. Die belgischen Fabrikanten arbeiten zwar sehr viel nach dem Balkan, aber nicht weniger auch nach dem übrigen Ausland. Jedes Ereignis, wie z. B. der Balkankrieg, beeinträchtigt naturgemäß weitere Kreise, und man ist hier am Orte entsprechend vorsichtig in der Annahme und Erledigung von Aufträgen vom

Balkan und den angrenzenden Gegenden. Dieser Umstand in Verbindung damit, daß alljährlich um diese Zeit eine Geschäftssaison eintritt, mag zu jener übertriebenen Nachricht Anlaß gegeben haben. Im übrigen aber laufen Aufträge für den Export genügend ein.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Metallarbeiter-Aussperrung in Menden.

Die vom Mendenener Arbeitgeberverband angekündigte Generalaussperrung wird am 7. Dezember zur Tat. Beim Niederschreiben dieser Zeilen ist die Hälfte der Arbeitszeit für die zuletzt gefindigten 1600 Arbeiter schon wieder abgelaufen, ohne daß an eine Einigung irgendwie zu denken wäre. Einem durch Herrn Bürgermeister Dr. Oberhues übermittelten Wunsche des Herrn Schmölle folgend, haben die Arbeiter der Firma eine Liste von 12 Arbeitern eingereicht, aus denen die Firma dann 6 auswählte, mit welchen sie am Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. November nachmittags eine sogenannte Verhandlung abhielt. Wer aber geglaubt hätte, die Firma Schmölle & Co. werde endlich den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiterschaft wenigstens in etwa Rechnung tragen, sah sich wieder enttäuscht. Herr Schmölle benutzte diese sogenannten Verhandlungen, um den Arbeitern zu erklären, daß er nichts bewilligen werde. Er fasste seine ganze vom Arbeitgeberverband „entgegenkommend“ genannte Haltung dahin zusammen, daß er die Arbeiter ernst auf das Schriftstück verwies, das den Arbeitern am Schlusse des am 8. November auf dem Büro des Herrn Gustav Schmölle stattgefundenen sogenannten „Verhandlung“ übergeben worden war und das wir bereits in der letzten Nr. zum Abdruck brachten.

Trotzdem die Arbeiter bereits damals dies unklöse Schriftstück als Grundlage für eine Einigung abgelehnt hatten, wurde am Freitag abend erneut darüber abgestimmt und zwar auf Vorschlag des Bezirksleiters geheim. Das Resultat war, daß sämtliche streikenden Arbeiter mit Ausnahme eines einzigen ablehnten, unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen. Als dem Herrn Schmölle dieses Ergebnis überbracht wurde, drückte er den Wunsch aus, am anderen Tage (Samstag, den 30. November) möchten einmal sämtliche erwachsenen großjährigen Streikenden zu ihm kommen. Am Samstag vormittag ließ Herr Schmölle dann zwei ältere Arbeiter durch einen Streikposten ersuchen, zu ihm zu kommen, welchem Wunsche die betreffenden Arbeiter auch nachkamen. Gegen 1/2 Uhr vormittags gingen diejenigen Streikenden, die zu erreichen waren, zum Werk. Aber auch diese Aussprache führte zu keinem anderen Ergebnis. Herr Schmölle verteidigte nach wie vor jegliches Entgegenkommen und forderte gewissermaßen die Arbeiter auf, einfach die Arbeit wieder aufzunehmen. Unter diesen Umständen waren die Arbeiter naturgemäß nicht in der Lage, ihren am Tage vorher gefassten Beschuß irgendwie wieder abzuändern.

Durch den unbeugsamen Starrsinn des Herrn Schmölle wird es also zur Verwirklichung der angedrohten Generalaussperrung kommen. Ob der Arbeitgeberverband für Menden und Umgegend dieses Verhalten des Herrn Schmölle noch immer eine „durchaus entgegenkommende Haltung“ nennt, bleibt abzuwarten. Sicher ist aber, daß die übrige gesamte Bürgerschaft dieses Vorgehen ganz anders bezeichnet. Wenn Herr Schmölle mit seinen Arbeitern sich nicht einmal will und kann, so ist dies eben Sache der zunächst Beteiligten; daß aber die übrigen Arbeitgeber sich wi erspruchlos vor seinen verfahrenen Karren spannen lassen, daß die absolut unbeteiligten Arbeiter, Bürger, Geschäftsleute etc. unter dem Eigentum des Herrn Schmölle leiden sollen, das ist etwas, was die Menschlichkeit nicht versteht.

Au unsere Kollegen im ganzen Deutschen Vaterlande aber richten wir angesichts dieser Vorgänge die Aufforderung an, die Kollegen in Menden in dem ausgezwungenen Kampftatkräftig zu unterstützen. Hier gilt es für unsere Kollegen den Tatbestand zu erbringen, daß sie durch ihre Opferbereitschaft den Verband in stand setzen, auch diesen schwersten unserer bisherigen Kämpfe mit Ehren zu bestehen. Durch die in den Ortsgruppen zirkulierenden Sammellisten ist jedem Kollegen hierzu Gelegenheit geboten. Kollegen, zeigen wir uns auch bei dieser Gelegenheit wieder als ganze Gewerkschaftler!

* * *

Die Offenbacher Kollegen nahmen auf ihrer letzten Quartalsversammlung nach einem Bericht des Bezirksleiters Scherer über den Kampf in Menden einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute, am 16. November 1912 tagende, gut besuchte Versammlung christlicher Metallarbeiter von Offenbach a. M. nimmt durch das Referat des Bezirksleiters Scherer Kenntnis von der Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand der Aussperrung in der Metallindustrie, wie solche von einem Teil der Arbeitgeber in Menden i. W. durchgeführt wurde. Die Versammlung bedauert, daß wegen solcher Forderungen, die in einem großen Teil der deutschen Metallindustrie schon längst erfüllt sind, und durch das mangelnde Entgegenkommen der Firma Schmölle & Co. in Menden ein solcher Kampf notwendig worden ist.“

Den kämpfenden Arbeitern spricht die Versammlung ihre volle Sympathie aus und beschließt zugleich, diese nach Kräften materiell zu unterstützen, daß der Sieg ihrer gerechten Sache möglich werde.

Von der Einigkeit durchdrungen, daß zu jeder Zeit nur eine starke Arbeiterorganisation im Stande ist, für die Arbeiter bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und Arbeiterinteressen mit Nachdruck zu vertreten, spricht die Versammlung unermüdlich an dem Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes tätig zu sein, insbesondere auch durch Zusicherung von neuen Mitgliedern.“

* * *

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch

nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufordern, andernfalls fällt die Bearbeitung vor dem Buzug fort.

Werwohl. Die Firma Gebr. Honsel in Evingen ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Mr.-Gladbach. Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenstahlfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

Nachen. Bei der Firma Paulus, Baufachwerke und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Dortmund-Annen. Über die Stahlgleisher der Zinnerne Gußstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Buzug gewarnt.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber Moritzgasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Baufachwerker, Klempner usw. werden deshalb ersucht, den Arbeiternachweis zu meiden.

Menden. Bei der Firma Schmöle & Co. stehen sämtliche Kollegen im Streik. Ca. 1400 Arbeiter sind ausgesperrt und die Gesamtblindung erfolgt.

Düren-Birkendorf. In der Dürener Metalltuchfabrik Kufferath & Co. stehen die Arbeiter wegen Lohnunterschieden im Streik.

Osnabrück. Die Former der Firma Brösel, Peterschel & Co. stehen im Streik. — Die Drahtzieher des Kupfer- und Drahtwerkes Osnabrück stehen im Streik.

Magdeburg. Bei der Firma H. Mundlos & Co., Nähmaschinenfabrik stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Stolberg. Über die Betriebe der Firma Prüm in Stolberg ist die Sperre verhängt.

Dingelstädt. In der hiesigen Feilenfabrik stehen die Schleifer seit Montag, den 25. November, im Streik. Zur Zeit finden Verhandlungen statt, allem Anschein nach steht eine Beilegung der Differenzen bevor. Buzug ist fernzuhalten.

Dortmund-Schwarze. Die hiesige Drahtindustrie hat Abzüge in der Höhe bis zu 40 Prozent vorgenommen. Der Betrieb ist deshalb gesperrt.

Buzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Der Streik bei der Firma Inden ist beendet und die Sperre aufgehoben.

Belohnungsmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Dezember der fünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Dezember fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schallmühle a. d. Volme. Unsere Ortsgruppe Schallmühle konnte zu Ende des vorigen Monats auf das erste Jahr ihres Bestehens zurückblicken. War der Boden auch hier recht schwierig, mußten viel bittere Erfahrungen gemacht werden, heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß ein erheblicher Teil unserer Hoffnungen vom vorigen Jahre in Erfüllung gegangen sind. Mit kaum 20 Kollegen wurde das Fundament zur hiesigen Gruppe gelegt; heute sind wir auf dem besten Wege, in Kürze 200 christliche Metallarbeiter in Schallmühle anzutreffen zu können. Bravo! (L. Sted.) Diese erfreuliche Entwicklung ist in erster Linie denjenigen Mitgliedern zu verdanken, welche nicht zuerst nach Maß tauchten, wo es galt, unsere Interessenvertretung zu fördern und zu stärken. Es dürfte heute kaum einen Kollegen geben, der nicht froh darüber ist, daß wir den christlichen Metallarbeiterverband hier eingeführt haben.

Allerdings, es gibt Ausnahmen. Auch in Schallmühle gibt es noch eine Partie jener „braven“ Leute, die sich nicht dazu ausschwingen können, den Beitrag zur Organisation zu entrichten. Ob das Solidaritätsgefühl bei diesen Kollegen ein unbekannter Begriff ist? Das Vorgehen einzelner Firmen sollte doch dem beschränktesten Arbeiter die Augen geöffnet haben. Fragen gewisse Firmen die Arbeiter darnach, ob sie mit den neuerdings angebotenen Altersbezügen auskommen oder nicht? — Einer Abteilung nach der anderen versucht man ein anderes Entlohnungssystem aufzubürden. Da hilft kein Lamentiern und idiosyncrasie, da muß energisch gezeigt werden, daß die Arbeiter sich so etwas nicht bieten lassen. Es gibt Elemente, die sagen, wenn Verschlechterungen angeboten werden: „Jetzt sollst du mir viel verlangen, was der Verband macht.“ Sie denken dabei aber nicht, daß der Verband nur darum nicht energisch vorgehen kann, weil sie selbst — die „Schlammeter“ — durch ihre Loyalität nur dem Unternehmer den Rücken stärken. Hoffentlich werden den Kollegen bald die Augen geöffnet.

Erfreulich ist es, daß auch die Arbeiterinnen immer mehr den Weg zum Verband finden. In nächster Versammlung wurden diese über die Notwendigkeit der Organisation unterrichtet mit dem Erfolg, daß zirka 30 Kolleginnen dem Verband beigetreten sind. Diese Zahl ist zwar noch gering, aber wir haben die Hoffnung, daß auch unsere Kolleginnen nicht ihnen werden bis die letzte Arbeiterin der Gruppe angeschlossen ist. Umsomehr, als doch die Beziehungen für die Arbeiterinnen sehr zu wünschen übrig lassen. An die Kollegen möchten wir die Bitte richten, soweit nur möglich, unsere Kolleginnen in ihrem Bestreben zu unterstützen.

Dank unserer Einigkeit haben wir uns heute eine feste Stellung in Schallmühle verschaffen können. Bei der letzten Gewerbeversammlung war es unseren Kollegen zu verdanken, daß die Liste der christlichen Arbeiter am Gewerbegericht halber glatt gewählt wurde. Dabei ist zu beachten, daß der Weg zum Wahllokal über eine Stunde betrug und die Wahlzeit so gelegt war, daß extra gesiezt werden mußte. Möge die Einigkeit auch in der Zukunft von allen Mitgliedern gezeigt werden. Die gegnerischen Organisationen, die hier kaum in Betracht kommen, haben zwar im Trüben zu sichern versucht, glaubten, die evangelischen Kollegen gegen die katholischen verhelfen zu können. Doch wir gingen über alle Versuche zur Lagesordnung hinweg. Trotzdem die evangelischen Kollegen in der übergroßen Mehrheit sind, betrifft das allerbeste Einvernehmen unter uns allen.

Kollegen von Schalksmühle! Sorgen wir dafür, daß wir vom 2. Geschäftsjahr ein ehrlich schönes Ausblühen unserer Gruppe berichten können, wie vom ersten. Die Metallarbeiter von Schalksmühle müssen immer mehr und mehr zu der Überzeugung kommen, daß nur der christliche Metallarbeiterverband als Interessenvertretung für sie in Frage kommen kann.

Görlitz. Seitdem unser Verband in Chemnitz einen Beziehungsleiter angestellt, haben wir einen Fortschritt zu verzeichnen, teils durch die Hausagitation, bei der er uns immer fleißig mitmachte, teils auch durch die Vorträge im hiesigen Kartell. So eine größere betreibende Kartellsversammlung ist durch Anregung der Metallarbeiter wieder am 14. November zu Lande gekommen. Kollege Reichert sprach hier über den Dresden christlich-nationalen Gewerkschaftskongress. Einleitend zog Rechner einen interessanten Vergleich zwischen dem Chemnitzer sozialistischen Parteitag und dem Dresden christlich-nationalen Gewerkschaftskongress und schilderte auf Grund der auf beiden Kongressen gemachten Wahrschauungen die Verschiedenartigkeit der Arbeitsmethode und der praktischen Erfolge der beiden Richtungen. Zum Thema selbst führte er folgendes aus: Dem Krieg der christlichen Gewerkschaften habe man bei Freunden und Gegnern mit besonderer Spannung entgegengesehen. Dies geschiegte Interesse sei zunächst führen auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften beim Ruhrbergarbeiterstreik und anlässlich des Gewerkschaftsstreites. Der Kongress habe sowohl nach der äußeren Aufmauerung, als auch nach dem inneren Gehalt die Erwartungen der Freunde nicht nur erfüllt, sondern weit übertraten. Insbesondere schilderte Redner die Stellung des Kongresses zum Gewerkschaftskrieg. Die einmütige Zustimmung sämtlicher Delegierten zu den diesbezüglichen Ausschüttungen des Generalsekretärs Kollegen Stegerwald, die in den Worten gipfelte: „Wir bleiben auch in Zukunft, mag es kommen, was will, eine unabhängige, christliche und nationale Arbeiterbewegung“, sowie die Haltung der christlichen Gewerkschaften in der Praxis beweise klar und deutlich, daß sie jede Einmischung und Bewormung entschieden zurückweichen. Auch die neueste Enzyklika würde an den gefassten Beschlüssen nichts ändern. Durch ihre entschiedene und korrekte Haltung seien die Schwächen der öffenlichen Meinung für die christlichen Gewerkschaften in erschreckender Weise gewachsen. Diese günstige Situation sei nach Kräften auszunutzen durch eine planmäßige intensive Agquisitionsarbeit.

Im Kreisrat ergänzte Kollege Sparenberg-Döring die Ausführungen des Vorredners und zeichnete vor allem die nächsten Aufgaben des Görlitzer Kartells auf dem Gebiete der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften. Im Anschluß daran fand eine rege Aussprache statt, welche den festen Entschluß der Mitglieder zum Ausdruck brachte, sich durch die Machinationen der Gegner nicht die Freude an den christlichen Gewerkschaften zu lassen, sondern in entgegengesetzter Richtung weiter zu arbeiten.

Hanau. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 24. November im Vereinshaus statt und hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten residierte Kollege Mied-Menden über die Aussperrung im Menden Bezirk. In eingehender Weise schätzte der Kollege die Ursachen, welche zu diesem Kampf geführt haben. In erster Linie sei es die Firma Schmöle, die durch ihr brotiges Auftreten gegenüber den befreiten Forderungen der Arbeiter den Streik und die Aussperrung herausbeschworen habe. Die Forderungen, welche die Arbeiter an die Firma Schmöle gestellt, seien durchaus berechtigt gewesen. Die Firma habe aber jegliches Verhandeln abgelehnt. Wie weit der Haß gegen die organisierten Arbeiter ging, zeigten die wiederholten Maßregelungen. Trotz und alldem sei nun die eigenständliche Tatsache zu verzeichnen, daß der Arbeitgeberverein Menden die Firma unterstützte, obgleich die gesamte Oberschicht die Haltung der Firma Schmöle verurteilte. Ohne den Versuch zu einer Beilegung der Differenzen zu machen, habe der Arbeitgeberverein zunächst die Aussperrung der organisierten Arbeiter und, da diese Maßnahme nichts fruchtete, neuerdings die Generalaussperrung proklamiert.

Die Menden-Arbeiterchaft habe den schweren Kampf ausgetragen im Bewußtsein ihres Rechts und im Vertrauen auf die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft.

Der Vortrag wurde mit regem Beifall aufgenommen und in der Diskussion wurde betont, daß auch die hiesige Arbeiterschaft ein Interesse an dem Ausgang des Kampfes habe. Pflicht aller Kollegen sei es, die Menden-Arbeiterchaft nach jeder Richtung hin zu unterstützen, insbesondere müsse sich die Solidarität darin zeigen, daß jetzt jedes Kollege auch ein Opfer bringe, damit die noch nicht bezugsberechtigten ausgesperrten Kollegen in diesem Kampfe unterstützt werden könnten. An die Ortsverwaltung Hagen soll der Antrag gestellt werden, eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, um gleichfalls zu der Aussperrung in Menden Stellung zu nehmen. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder erfuhr, mit aller Entscheidlichkeit für die Stärkung des christlichen Verbands einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Eisen-Ortsverwaltung. Wir machen unsere Kollegen erneut darauf aufmerksam, daß die Geschäftsfürstungen auf dem Büro besser eingeschalten werden müssen. Als Geschäftsfürstungen sind festgestellt: Freitags- und Samstags die Zeit von nachmittags 5 bis abends 7½ Uhr; an den übrigen Wochentagen morgens von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

Wir erwarten, daß dieser Hinweis von den Kollegen allein beachtet wird und sie ihre laufenden Geschäfte zunächst in den oben bezeichneten Geschäftsfürstungen abwickeln.

Dinslaken. Das Draht- und Nagelwerk De Fries ist im vorigen Jahre von der Gewerkschaft Deutscher Arbeiter, Abteilung Dinslaken, übernommen worden. Seit dieser Zeit nehmen die Magen der dort beschäftigten Arbeiter beständig zu. Die Drahtzieher flingen über unangefochtene Draht, auch müssen sie sehr häufig auf Draht warten. In letzter Zeit müssen die Leute wegen Drahtmangel ganze Schichten feiern. Werner wird über die mangelhafte Ventilation klage geführt. In einer am Dienstag, den 19. November abgehaltenen Betriebsversammlung wurde eine Kommission beauftragt, bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden, damit die Mißstände abgestellt würden. Da im letzten Jahre eine ganze Anzahl Drahtzieher abgeworfen sind, werden Drahtzieher, welche in Dinslaken Arbeit nehmen wollen, gebeten, vorher bei den Organisationsleitungen Erkundigungen einzuholen. Die Unorganisierten aus dem Draht- und Nagelwerk aber sollen endlich einsehen, daß sie durch Anteilnahme an die Organisation Verbesserungen erreicht werden können.

Bietzen. Wenn wir auch von der Ortsgruppe Bietzen das Organ nicht viel durch Einsendung von Berichten im Anspruch nehmen, das trifft leider auch für viele andere Gruppen

zu. Die Red.), dann brauchen die Kollegen von den anderen Städten und Dörfern doch nicht zu glauben, als wenn hier alles beim Slechten wäre. — Doch haben wir hier eine Tagespresse, welche wir immer in Anspruch nehmen können. Neuerdings ist doch ein Fall passiert, den wir auch in unserem Organ veröffentlichten wollen. Vor etwa 5 Wochen hatte ein christlich organisierte Textilarbeiter in einem kleinen metallindustriellen Werk Arbeit angenommen. Nach 3 Wochen kam der Vertragsausschuss des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbands zu dem Kollegen, um nachzusehen, ob er auch organisiert sei. Ohnungslos handigte der Kollege dem Genossen sein Buch aus. Zu seinem Erstaunen erhielt der Kollege aber statt des abgegebenen ein Mitgliedsbuch des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbands zurück. Daraus ersieht man, mit welch skrupelloser Mitteln die sozialdemokratischen Vorstande Mitgliedersang betreiben. Gest gestehen sich zwei unserer Mitglieder mit dem auf diese Weise ins Genossenlager abgeschleppen Kollegen in Verbindung. Das Resultat der Unterredung war, daß der Kollege unserem christlichen Metallarbeiterverband beitreten.

Das angeführte Beispiel zeigt wieder so recht, daß unsere Kollegen es sich zur Pflicht machen müssen, auf die Räume und Schlüsse der Genossen ein wachsames Auge zu werfen und ihrem Treiben durch eisige Ausklärungsarbeit möglichst zuvorkommen. Auch wir in Witten leisten jetzt einmal mit aller Energie die Agitation für unseren christlichen Metallarbeiterverband aufzuschnüren und nachhaltig durchzuführen. Nach den letzten Vorträgen in der Oeffentlichkeit sind ja die christlichen Gewerkschaften in aller Munde; da ist es für uns doppelter Pflicht, diese günstige Situation nach Kräften zur Stärkung unseres Verbandes auszunutzen. Seien wir einmal alle Bequemlichkeit beiseite, um den Genossen hierbei nachdrücklich zu Gewichte zu führen, daß wir auch noch da sind. Vor allem muß jetzt der Versammlungsbesuch ein besserer werden. Das andere ergibt sich dann von selber — und um die Zukunft braucht uns dann sicher nicht zu bangen. Also Kollegen, zur Tat!

Eichweiler. (Christlicher Gewerkschaftstag.) Am Sonntag, den 15. Dezember findet im Gesellenhaus in Eichweiler für den Nachunter u. Dörfler Le. u. c. außerordentlicher Gewerkschaftstag der christlichen Arbeiter statt. Vor der Tagung wird eine große Vorstande- und Vertrauensmännerkonferenz aller Verträge abgehalten. Die christlichen Gewerkschaften des Nachunter und Dörfler Kreises wollen in Eichweiler zu den wichtigen Fragen Stellung nehmen, die in der letzten Zeit die Gemüter erregt haben. Sie wollen auch in Eichweiler einmal klar und deutlich zum Ausdruck bringen, was sie sind und was sie wollen. Wenn die Besprechung dieser Fragen an irgend einem Ort notwendig ist, dann ganz besonders in Eichweiler. Hier ist noch eine Arbeiterschaft, die sich zum großen Teil dem gewerkschaftlichen Gedanken verschlossen hält, die noch glaubt, die ganze Gewerkschaftsbewegung beurteilen zu müssen nach alten Vorstellungen, eine Arbeiterschaft, die sich wohl einem wichtigen, zusammen geschlossenen Arbeitgeberverband gegenüberstellt, aber selbst nicht dem Arbeitgeber folgt; und ein Arbeitgeberverband, welches auch bis heute kein Mittel untersucht gelassen hat, den Gewerkschaftsgedanken zu unterdrücken.

Anderseits wird aber auch jede Tagung vor der breiten Oeffentlichkeit klarlegen, welche Pflichten die übrigen Stände gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterschaft haben und daß man sich dieser Pflichten nicht entledigt durch Gründung gelerter Werkvereine.

An diese Konferenz wird sich ein Volksbildungssabend anschließen, den die Ortsgruppe Eichweiler des christlichen Metallarbeiterverbands veranstaltet. Als Redner wird unser Verbandsvorsitzender Kollege Bieker erscheinen. Möge dieser Gewerkschaftstag dazu beitragen, daß auf allen Seiten mit den alten falschen Vorurteilen aufgeräumt wird und dem Arbeitstand zeigen, daß sein Platz nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein kann. Die Tagung beginnt nachmittags um 3 Uhr.

Literarisches.

Das Protokoll des 8. Kongresses der christlichen Gewerkschaften, abgehalten vom 6. bis 10. Oktober 1912 in Dresden, ist soeben erschienen. (Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstr. 147, 8-314 Seiten, im Buchhandel 1 Mark, für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 0,50 Mark.)

Keiner der vorhergehenden christlichen Gewerkschaftskongresse hat eine solch weitgehende Beachtung in der Oeffentlichkeit gefunden und solchen nachhaltigen Eindruck hinterlassen wie die Dresdener Tagung. Und noch keine jüngste Veranstaltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat eine solch wichtige und umfangreiche Tagesordnung erledigt. Das Protokoll enthält die Vorträge und anschließenden Diskussionen über: Bericht des Vorsitzes des Gewerkschaftsverbandes; Die Stellung der christlichen Gewerkschaften: a) zu den politischen und geistigen Tendenzen der Gegenwart, b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Politwirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik; Staatsangehörige und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterschaft; Stellung und Ausgaben der Arbeits- und Ortskasse in den christlichen Gewerkschaften; Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge; Das Arbeitsrecht; Das gewerbliche Schieds- und Einigungsrecht. Auch die eingelaufenen Begrüßungsschriften und die Ausführungen der Vertreter der verschiedensten Behörden und sonstigen Körperschaften bei Gründung des Kongresses sind dem Protokoll einverlebt. Allein die Referate über die vorhin angeführten Fragen enthalten eine Fülle von wertvollem Material in wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Beziehung. Das Protokoll ist darum von bleibendem Werke und gehört in die Hand eines jeden christlichen Gewerkschaftlers. Die Vorstände der Verwaltungsstellen mögen deshalb umgehend der Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Seitenstraße 17 ihre Bestellungen einenden.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1913 ist kürzlich erschienen. Das vom Generalsekretariat in Köln herausgegebene Buch hat von Jahr zu Jahr unter den Kollegen mehr Freunde gefunden. Und wir sind der festen Überzeugung, daß auch das jetzt vorliegende Jahrbuch 1913 den Tausenden christlichen Gewerkschaftlern, denen die bisher erschienenen Jahrbücher unentbehrliche Begleiter waren, keine Enttäuschung bereiten wird. Ganz im Gegenteil: der Inhalt des neuen Jahrbuches ist durchaus dazu angetan, den ältesten Ruf noch mehr zu festigen.

Neben dem Kalendarium, dem Postkalender, dem Geschichtsalender der christlichen Gewerkschaften und dem sonstigen, für den täglichen Gebrauch zur jeweiligen Informierung wertvollen Inhalten finden wir vor allem auch wieder eine Reihe Artikel programmatischer Art über unsere Bewegung, die für jeden Kollegen wertvoll sind. Wir erwähnen hier nur

die Artikel: „Vom Wesen und Werden der christlichen Gewerkschaften“, „Kulturelle Werte christlicher Gewerkschaftsarbeits“, „Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeiter- und Jugendvereinen“, „Die Gelben“. Weitgehendste Beachtung verdient auch die zu praktischer Arbeit anseitende Abhandlung über: „Soziale Wohlen und Arbeiterbewegung“.

Das neue Jahrbuch gehört in die Hand eines jeden Kollegen. Es kann zum Preise von 50 Pf. durch die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes bezogen werden. Die Vorstände der einzelnen Verwaltungsstellen mögen den Betrieb in die Hand nehmen und ihre Bestellungen möglichst bald bei der Hauptgeschäftsstelle bewirken.

Briefkasten.

Nach Düsseldorf, Saarbrücken, Düsseldorf etc. Berichte folgen in nächster Nummer.

Versammlungskalender.

Samstag, den 7. Dezember.

Altenhagen. Abends 8.30 Uhr Generalversammlung bei Aug. Stellmachers, Boelerstraße 1.

Augsburg-Baustofferei. Abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“.

Bochum-Wabbel. Abends 8.30 Uhr bei J. Schürmann, Wagnerstraße.

Berlin-Moabit. Versammlung bei Wabbel, Goethestraße 38.

Dortmund-Schwarze. Abends 8 Uhr bei Kordel, Bahnhofstraße.

Düsseldorf-Dorfstadt. Abends 8 Uhr Versammlung.

Düsseldorf-Kleingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Hasenkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.

Düsseldorf-Derendorf. Abends 9 Uhr bei Querling, Münster-Ecke Barbarastrasse 21. Agitationssveranstaltung. Eröffnen aller Mitglieder dieses Bezirkes zur Erledigung wichtiger Aufgaben ist notwendig.

Elberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Hesemann, Elbahn.

Eisen-Borbeck. Abends 8.30 Uhr bei Steffensgabel.

Eisen-Baustoff- und Bauglocken. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Klosterstraße 19.

Eisen-Electromotoren und Hilfsmotoren. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Klosterstraße 19.

Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gaertnerbräu, Schlossstraße 7.

Görlitz. Abends 8.30 Uhr bei Ludwig, Mittelstraße 18, Vortrag: „Der Hochsozialpreis“.

Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.

Köln-Humboldtshöhe. Abends 9 Uhr bei Ruth, Wallstraße.

Neheim-Hövel-Dietrichsberg. Abends 4.30 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung mit Frauen im Gesellenhaus.

Wesel. Abends 8.30 Uhr große öffentliche Versammlung bei Mühlens, Ecke Lütje-Eck.

Düsseldorf. Abends 8.30 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstraße.

Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Theater, Holzstraße 8.

Wuppertal. Abends 8.30 Uhr Vorstande- und Vertrauensmännerversammlung bei Heinrich Henkel 14, Volkstheater Ecke Breite Straße.

Westerbauer-Vogelsang. Abends 8.30 Uhr bei Mühlensborn, Einheitsstraße.

Sonntag, den 8. Dezember.

Borcholt. Vorm. 11.15 Uhr in der „Stadt Wupper“.

Cassel. Abends 6.30 Uhr bei Gier in Cassel öffentliche Versammlung.

Crefeld-Stadt. Morgen 11 Uhr im „Reichshof“.

Crefeld-Uerdingen. Morgens 11 Uhr mit Vortrag bei Schmitz.

Crefeld-Wockum. Morgens 11 Uhr im Lokale „Benger“, a. d. Schleife.

Dortmund-Wettringen. Nachm. 6 Uhr bei Althoff.

Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Querling, Unnertstraße 120.

Düsseldorf-Widderich. Vorm. 11 Uhr bei Dittes-Weyer.

Düsseldorf-Oerdt. Vorm. 11 Uhr bei Hössle, Kreisstraße 1.

Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Hössle, Kreisstraße 50.

Düsseldorf-Unterkassel. Vorm. 11 Uhr bei Steinrich, Kürtenstr. 142.

Danzig-Zoppot. Vorm. 11 Uhr im Zoppoter Hof.

Eisen-Bottrop. Nachm. 5 Uhr im Tierparks Hotel.

Eisen-Witten. Vorm. 11 Uhr im Dr. Trögemann.

Eisen-Wittenheim. Vorm. 11 Uhr bei Walther.

Eisen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Schulz, Heststraße.

Gelsenkirchen-Nienstadt. Morgens 11 Uhr im „Rheintal-Restaurant“ Hagen-Altkirch.

Karlsruhe-Durlach. Vorm. 11 Uhr bei H. Eichhoff, Karlsruherstraße 17.

Königsberg. Morgens 11 Uhr bei Blitseler.

Ober-Warmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wölkinghauserstraße.

Obermelsdorf. Nachm. 5 Uhr (Am Zwischen) Eisensteelerstraße.

Sonthofen. Nachm. 2.30 Uhr Versammlung.

Stralsund. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.

Sirich. Morgens 11 Uhr bei Öster.

Wengern. Vorm. 11 Uhr bei Lohmann.

Montag, den 9. Dezember.

Grevenbroich. Gleich nach Feierabend bei Bierfeld, Rheiterstraße.

Dienstag, den 10. Dezember.

Düsseldorf-Dre